

Pöfener Zeitung.

Vierundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 538.

Donnerstag, 16. November

1871.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Inserate 14 Sgr. die sechsgepaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Posen
außer in der Expedition
bei Grunski (C. J. Ullrich & Co.)
Breitstraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Ch. Spindler,
Markt- u. Friedr.straße 4;
in Grätz bei Herrn F. Streisand;
in Frankfurt a. M.:
G. F. Dörbe & Co.

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Bonn, München, St. Gallen:
Rudolph Mosse;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Basel:
Haasenstein & Vogler;
in Berlin:
J. Neumann, Neuhofplatz;
in Breslau: Emil Kuhnke.

Die Milliarden aus Frankreich und die Preissteigerung in Deutschland.

Weder eine irgendwie hinreichende Entschädigung der Kriegsoffer, die wir als Einzelne oder Gemeindeglieder gebracht haben, noch ein Ersatz auch nur der kleinsten Steuer ist dem Volke aus den Kriegskontributionen bis jetzt zu Theil geworden. Die einzige Dotation, welche wir merken, ist eine unheimliche Preissteigerung, die jeden Familienvater mit fest bestimmten Gehalt in Verlegenheit setzt. Eine gewisse Mäßigkeit umgiebt dieses fortwährende Steigen der Waarenpreise gegenüber dem Gelde, eine Mäßigkeit, die Grauen erregt, da Vielen eine geheime Ahnung sagt, daß dieses Friedensübel mit unserem Kriegsglücke in einem ursächlichen Zusammenhange steht, daß die Geldentwertung eine Folge der großen Geldbeute ist.

Aber im Einzelnen nachzuweisen, daß wirklich die französischen Kriegskontributionen uns unsere Waaren theurer machen, ist nicht leicht. Wenn wir mit nur einem Menschen zusammen in einem Lokale uns befinden und plötzlich kommt uns unsere Börse abhanden, dann schließen wir, daß Jener sie uns gestohlen hat, selbst wenn wir die Wichtigkeit kaum begreifen; und ähnlich geht es uns mit den Milliarden, welche über den Rhein gewandert kommen. Man ahnt, daß sie die Attentäter der Preissteigerung sind, aber es ist schwer, sie auf der That zu ertappen, denn die Manipulationen auf dem Geldmarkt dürften oft noch schwerer zu durchschauen sein als die Künste eines Taschendiebs.

Indessen wir haben einen klassischen Belastungszeugen, und zwar den preussischen Finanzminister, dem man Abneigung gegen die französischen Milliarden gewiß nicht wird nachsagen können. In der ersten Berathung über das Münzgesetz hatte ein Abgeordneter die Befürchtung ausgesprochen, daß bei einer plötzlichen Einführung der Schatzscheine oder Tilgung anderer Schulden des norddeutschen Bundes leicht ein Ueberfluß an zirkulirendem Gelde eintreten könnte. Zur Verhütung theilte Herr Camphausen mit, daß von den in englischer Valuta ausgebenen Schatzscheinen bereits 3,600,000 Pfund Sterling eingelöst worden sind. „Das ist mit ein Grund“, fügte der Finanzminister hinzu, „weshalb alle Werthe in Deutschland vor und nach gestiegen sind.“

Nun, diese Vermehrung der Zirkulationsmittel um 3,600,000 Pfd. St., was etwa 24 Millionen Thlr. sind, hätte auf die Entwerthung des Geldes wenig Einfluß gehabt, indeß von den 400 Millionen Thaler oder mehr, welche wir bis jetzt von Frankreich erhalten haben, sind bereits 200 bis 300 Millionen in den Verkehr gekommen, und das muß natürlich den Werth des Geldes gegenüber den anderen Waaren herabdrücken. Eine Ausgleichung hätte nur dann stattgefunden, wenn in demselben Maße, wie das Geld sich vermehrte, auch alle übrigen Waaren vermehrt worden wären. Das ist aber offenbar nicht geschehen, und da sich nun eine vielleicht um die Hälfte gestiegene Geldmasse einer nur wenig gestiegenen Waarenmenge gegenüber befindet, so ist es klar, daß man mit der heutigen Geldmasse nicht viel mehr kaufen kann, als ehemals mit der geringeren, oder anders ausgedrückt: die Waaren sind in demselben Verhältniß im Preise gestiegen, als ihre Produktion hinter der Geldvermehrung zurückstand. Da nun bis zum Mai des nächsten Jahres noch etwa 140 Millionen Entschädigungsgelder zu erwarten stehen, so hat der Finanzminister guten Grund zu sagen: „Ich vermute, daß dieses Steigen sich noch eine Zeitlang fortsetzen wird.“

Der Zustand Deutschlands gleicht demjenigen krafttrogender Menschen, die aber doch nicht ganz gesund sind. Was Kraft und Gesundheit erscheint, ist zum Theil nur Fett; trotzdem wird wohl kein staatswirtschaftlicher Arzt verordnen wollen, die Germania möchte aufhören, aus der französischen Schüssel zu speisen; indeß wenn sie nicht erkranken will, muß sie starke Bewegung machen, muß turnen, um die Fettbildung zu verhindern und die Muskelanlage zu befördern. Ohne Bild gesprochen: Deutschland muß weit mehr produziren, kaufen und konsumiren als gegenwärtig.

Man wird uns dagegen einwenden, daß kaum ein Einzelner gewinnungen werden kann, seine Unternehmungen zu vergrößern, seine Einkäufe zu vervielfältigen und seine Bedürfnisse zu vermehren, um wie viel weniger eine ganze Nation. Zwingen soll die Regierung freilich nicht, aber eine geschickte Finanzpolitik würde Mittel finden, um die Veränderungen auf dem Geldmarkt unschädlich zu machen. Das Fallen des Geldes ist an sich kein Uebel, das Volk muß nur in die Lage versetzt werden, der Preissteigerung ohne Anstrengung zu folgen. Und das würde geschehen, wenn die Erzeugung und der Verzehr von Waaren von Sorgen befreit und der freien Entfaltung angeregt würde.

Eine solche Anregung hätte in einer nennenswerthen Aufhebung von Steuern gelegen. Dann wäre das Vermögen des Einzelnen ebenfalls gestiegen und die Steuerzahler hätten wegen der Preissteigerung nicht ihre Bedürfnisse einschränken dürfen oder, wie besonders die Arbeiter, nach Lohnerhöhung hingestrebt. Wenn die Verminderung des Bedarfs auf die Konsumtion, in zweiter Reihe auf die Produktion drückt, so beeinträchtigen andererseits die Strikes den Unternehmungsgeist; und nicht genug an diesen schlimmen Folgen unserer Finanzpolitik, die hohe Politik kommt hinzu, um ebenfalls die Produktion zu lähmen. Denn eine Summe von 110 Millionen und einen Kriegsschatz von 40 Millionen zur Landesverteidigung bereit gestellt, muß für Handel und Wandel immer fort wie ein drohendes Gewitter wirken.

Wir schließen: Nicht die französischen Milliarden, die deutsche Politik ist Schuld an den Kalamitäten des wirtschaftlichen Lebens. Wenn unsere Politik nicht bessere Wege einschlägt, werden die Miskstände, welche uns heut drücken, sich noch bedeutend vergrößern.

Deutschland.

© Berlin, 15. November. Die dritte Berathung des Lasker'schen Antrages auf Erweiterung der legislativen Kompetenz der Reichsgesetzgebung nahm heute im Reichstag einen glänzenden Verlauf. Die Diskussion ließ nichts zu wünschen übrig. Eckardt von Baden begann mit einem frischen, lebendigen Vortrag, dessen Ursprünglichkeit auf die ganze Versammlung den besten Eindruck machte. In dem Redner steckte das richtige Maß von Liberalismus und nationaler Gesinnung. Er wußte, daß die Reichsgewalt je länger, je mehr erstärke, damit sie fähig sei, allen Einzelstaaten aufzuhelfen, und der in Rede stehende Antrag, wenn einmal vom Bundesrath gutgeheißen, ist ein treffliches Mittel zur Entfernung aller noch vorhandenen gesetzlichen Schäden. Wo wir schon allwärts ein gemeinsames Strafrecht haben, da kann und muß auch das bürgerliche Recht ein gemeinsames werden, das ist bedingt durch die Logik der Thatfachen, namentlich der einen, daß wir ein gemeinsames deutsches Vaterland haben. Den Ultramontanen freilich und den Feudalen graut vor dieser Aussicht, das bekundete Windthorst (Meyen), der sich alle Mühe gab, um mit dem Antrag Lasker, hinter dem die ganze liberale und die ganze freikonservative Partei steht, den Bundesrath in Schrecken zu setzen. Der ehemalige hannoversche Minister sieht die Justizhoheit der deutschen Fürsten mit dem Augenblick hinfinken, wo das gemeinsame bürgerliche Recht die partikularen Ansprüche und Gellüste ersticht. Allein die Mitglieder des Bundesraths blieben bei den Gespenstern, die Windthorst an die Wand malte, auffallend gelassen, wohl weil sich genau so verhält, wie Lasker sagte: von den sämtlichen deutschen Justizministern ist nicht Einer, der dem Antrag nicht von ganzem Herzen und mit vollster Ueberzeugung zugehen wäre. Sie empfinden das Unzulässige in den gegenwärtigen Rechtsverschiedenheiten um so mehr, als sie Tag für Tag zu gewahren Gelegenheit haben, welcher Segen dem gemeinsamen deutschen Strafrecht entspringt. Dazu kommt, daß a. B. Bayern durch die Ultramontanen in der Gesetzgebung so gut wie lahm gelegt ist. Das Reich muß nothgedrungen interveniren, wo die Reaction der Einzelstaaten zuwärtig intervenirt. Und sehr im Recht war Lasker mit der weiteren Bemerkung, nichts hätte so wenig auf sich, als das Gerede von der Einbuße an Ansehen, welche die deutschen Fürsten des Reichs durch die Reichsgewalt erleiden hätten. Das Reich giebt ihrem Willen und Einfluß einen sehr viel weiteren Spielraum, als die engen Grenzen ihres eigenen Territoriums. Niemand von den Bundescommissaren opponirte dem Antrag. Das sei uns ein gutes Zeichen für den, wenn auch langsam, aber sicher sich anbahnenden Fortschritt.

□ Berlin, 15. Nov. [Redefreiheit der Geistlichen. Das definitive Reichstagsgebäude. Die Abgeordneten von Nordschleswig.] Der Antrag der „liberalen Reichspartei“, welcher kürzlich von der Presse erwähnt wurde, und der sich auf einen Zusatz im Strafgesetzbuch bezieht, und zwar dahin, daß Geistliche, welche an kirchlichen Stätten oder in Ausübung ihres Amtes staatliche Einrichtungen angreifen, die Obrigkeit schmähen oder die politischen Verhältnisse aufreizen, mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft werden können — dieser Antrag ist, wie wir hören, einstweilen zwar nicht zurückgezogen, sondern gewissermaßen suspendirt, außer Thätigkeit gesetzt. Grund hierzu soll, wie man uns mittheilt, der Umstand sein, daß in Folge dieser Anregung, welche von der genannten Partei ausgegangen, es in der Absicht der Reichsregierung liegen solle, in dieser Frage die Initiative selbst zu ergreifen und selbstständig mit einem hierauf bezüglichen Gesetzentwurf vor den Reichstag zu treten. Sollte diese Absicht sich verwirklichen, so wäre damit ja der Zweck des Antrages erreicht und derselbe dann überflüssig geworden; sollte jedoch die Reichsregierung in der angegebenen Weise nicht vorgehen, dann würde die Partei immer noch mit ihrem Antrage vor das Plenum treten. — Bemerkenswerth ist übrigens, was das hiesige Jesuitenblatt, die „Germania“ zu diesem Antrage sagt; nachdem sie die Nachricht mitgetheilt, fügt sie derselben in Paranthese hinzu: „Wer das thut, der verdient auch Strafe, es wird sich nur“ — und hier kommt der Pferdesuß — „immer fragen, ob und wie er es gethan hat.“ Das edle Blatt thut, als ob es gar nicht weiß, daß gerade seine Partei und die ultramontanen Geistlichen es sind, gegen die dieser Vorwurf erhoben wird, und gegen die namentlich dieser Antrag gerichtet ist. — In der Angelegenheit wegen des Baues eines definitiven Reichstagsgebäudes ist ein Zwischenfall eingetreten, der möglicherweise eine Umänderung des ganzen Planes zur Folge haben wird. Dieser Zwischenfall bezieht sich auf die Eigenthumsverhältnisse des Territoriums, welches man seitens der Kommission für die Errichtung des Gebäudes in Aussicht genommen, bekanntlich das Raczyński'sche Palais am Königsplatz, vis à vis dem Kroll'schen Etablissement und an die Königsgräber Straße grenzend. Der bisherige Eigentümer des Grundstücks, Graf Raczyński, soll nämlich auf eine nochmalige Anfrage der Kommission sich ganz entschieden geweigert haben, sein Eigenthum aus freier Hand aufzugeben. Es würde somit also nichts Anderes übrig bleiben, als auf dem Wege der Expropriation dieses Grundstück zu erwerben. Hierzu soll man, wie wir hören, an höchster Stelle nicht geneigt sein und hat man deshalb, wie man uns mittheilt, bereits in der Kommission den Plan aufgegeben, das neue Parlamentsgebäude an Stelle des Raczyński'schen Palais herzurichten. Als einen Platz, an dem man eventuell den Neubau nunmehr ausführen will, soll der Theil des Thiergartens außersehen sein, welcher, sobald man zum Brandenburger Thor hinaustritt, rechter Hand an dem Wege nach dem Kroll'schen Lokale zu belegen ist. Jedoch dürfte auch dieser Plan noch Abänderungen erfahren. — In der Presse finden wir jetzt wiederholt die Ansicht ausgesprochen, daß die Dänen Nordschleswigs — weil die H. G. Krüger und Ahlemann die auf sie gefallene Wahl zum Abgeordnetenhaus abgelehnt — nunmehr ihren Widerstand gegen die Verfassung aufgeben würden. Wir halten diese

Ansicht für durchaus irrig, glauben vielmehr, daß dies Schauspiel sich jetzt dort noch oft wiederholen wird, daß man die H. G. Krüger und Ahlemann immer wieder wählt, und daß diese Herren die Wahl immer von Neuem ablehnen. Es ist eine Fortsetzung der Opposition, aber nur in anderer Form.

— Die „Germania“ bringt zur kaiserlichen Antwort auf die bischöfliche Adresse einen Leitartikel, welcher mit folgender Drohung schließt: Es kann sehr bald eine Zeit kommen, wo die Regierung recht gut den braven katholischen Oberschlesier, den treuerzigen Pöfener, Ost- und Westpreußen, den wackern Sohn der rothen Erde, den felsenfesten Rheinländer, den charaktervollen Elsässer und Lothringer, den hiedern Baiern und Schwaben brauchen wird, aber dreimal Wehe! wenn in der fast stürmisch herannahenden Stunde der allgemeinen sozialen Auflösung der Schlesier bis zum Schwaben dann erklärt: „Ich werde nicht wie die Liberalen und Demokraten gegen meine Regierung revoltiren, denn das verbietet mir meine katholische Religion; ich werde aber auch nicht eine Regierung unterstützen, welche mich diese meine Religion nicht frei ausüben lassen will!“ Ja — bedenkt es, Ihr Mächtigen: Von der amtlichen päpstlichen Unfehlbarkeit wird auch nicht ein Strichlein geändert, selbst wenn alle Regierungen der Welt sich dagegen auflehnen, wohl aber können und müssen sich ändern die Regierungssysteme.

— Wie den „H. N.“ aus München gemeldet wird, haben sämtliche liberale Bezirksvereins-Ausschüsse dort beschloffen, eine Petition an den Reichstag zu richten, den Tag des Friedensschlusses als Nationalfesttag zu erklären. Hr. v. Stauffenberg wird den Antrag im Reichstage vertreten.

Greifswald, 14. Novbr. Selten hat wohl eine medizinische Fakultät so raschen Aufschwung genommen, wie an unserer Universität. Nachdem die Zahl der hier studirenden Mediziner vor 10 Jahren kaum noch 140 betragen hat, sind in diesem Winter-Semester bereits 340 Studenten der Medizin hier immatriculirt, welches Ereigniß sämtliche Bewohner unserer Universitätsstadt in freudige Aufregung versetzt. (H. St. 3.)

Dortmund, 12. November. Wie die „N. Z.“ hört, sind von einem hiesigen Bürger kürzlich im Auftrage der Jesuiten vor dem Jesuitenthor einige Grundstücke gekauft worden, um auf denselben ein Jesuiten-Kloster anzulegen.

Frier, 12. November. Wie die „Z. Z.“ mittheilt, ist der kaiserliche Pfarrer Prinz in Elhrang, welcher der Majestätsbeleidigung angeklagt und in erster Instanz zu 6 Monaten Festungsstrafe verurtheilt worden war, in der Apellationsinstanz freigesprochen worden.

Wiesbaden, 13. Novbr. Die Unfehlbarkeit war kürzlich vor die hiesige Strafkammer gestellt. Ein Altkatholik, welcher die Zahlung der Kirchensteuer verweigert und die Beibehaltung derselben nicht geduldet hatte, war wegen Widerleglichkeit gegen die „rechtmäßige Handlung eines Beamten“ zur Untersuchung gezogen. Die Vertheidigung führte aus, daß eine objektiv rechtmäßige Handlung nicht vorliege, weil die Verfügung, worauf die Beibehaltung der Kirchensteuer beruhe, nicht zu Recht bestehe, weil ferner die kirchliche Behörde, welche sich zur Irrelehre von der Unfehlbarkeit des Papstes bekannte, dadurch als legerisch von der Kirchengemeinschaft ausgeschlossen und deshalb zur Ausübung und Beibehaltung von Steuern nicht mehr legitimirt sei. Heute wurde das Urtheil in dieser Sache gesprochen. Der Angeklagte wurde zu zehn Thaler Geldbuße verurtheilt. Der Gerichtshof nahm an, daß die Kirchensteuer nach dem nassauischen Recht begründet sei, daß die preussische Verfassungsurkunde nur ausgedruckten Grundfügen, ohne praktische Bedeutung bestehe, daß aber dem Gerichte nicht zuzustehen zu unteruchen, ob das jetzt bestehende infallibilistische Kirchenregiment berechtigt sei, oder nicht; so lange dasselbe von der Staatsverwaltung anerkannt werde, sei es auch von den Gerichten für legitimirt zu achten. Von Seiten der Vertheidigung ist bereits Berufung eingelegt.

Oesterreich.

Wien, 13. Nov. Gestern hatte die feierliche Abschiedsaudienz des gesammten Personals des Ministeriums des Aeußern bei dem scheidenden Reichskanzler Grafen Beust stattgefunden; derselbe war dabei von seinen beiden Sektionschefs v. Hofmann und Baron Orczy begleitet. Hr. v. Hofmann sprach dem scheidenden Chef in warmen Ausdrücken den Dank seiner bisherigen Untergebenen aus, feierte seine staatsmännischen Verdienste in überschwenglichster Weise und sicherte ihm ein unvergeßliches Andenken zu; ihm schloß sich Baron Orczy gleichsam als Vertreter der ungarischen Reichshälfte an und sprach ihm den besondern Dank Ungarns für „die diesem Lande zu jeder Zeit offenen und treu bewährte freundliche Gesinnung und das seinen Interessen stets zugewendete Wohlwollen“ aus. Graf Beust hielt darauf folgende Abschiedsrede:

„Sie meine verehrten Sektionschefs, und Sie Alle, die Sie hier vereinigt sind, kennen mich zu gut, um daran zu zweifeln, daß die so ehrenvollen und so herzlichen Worte, die an mich gerichtet wurden, mich tief ergreifen und innig gerührt haben. Wenige Tage nur sind verflossen, seit ich einen fünfjährigen Zeitabschnitt meiner Thätigkeit in diesem Hause verzeichnen konnte. Daß mein heutiges Scheiden aus dem mir so lieb gewordenen Wirkungskreise in dieselbe Monatswende fällt, in der ich einst als Antömmeling in Ihre Mitte trat, stellt mir jene Tage um so lebhafter vor die Seele. Ist es mir doch, als bewegten mich noch einmal alle die Gefühle des Bangens und des Hoffens, des Zweifels und der Zuversicht, die mich damals beherrschten. Wohl kann ich daran ein Gefühl der Wehmuth knüpfen, aber mit voller Entschiedenheit spreche ich es aus, es ist nicht ein Gefühl der Niedergeschlagenheit. Was ich entgegenbrachte, war ein froher Muth, ein redlicher Wille; was ich davon trage, ist ruhiges Bewußtsein, unerschütterlicher Glaube an dieses Reiches Zukunft, an den Bestand und den Segen dessen, was in den Tagen meines Hierseins erreicht wurde — Vertrauen in die erprobte Hand, in die ich heute mein Amt niederlege. Meinem Herzen kann es wohlthun, wenn ehrende und rührende Beweise theilnahmenvollen Bedauerns meinen Rücktritt begleiten, mein Gewissen aber fragt darnach, ob in dem Augenblicke, wo ich das Steuerruder verlasse, das Schiff im rechten Fahrwasser sei, und Ihnen, die mir redlich geholfen, so lange ich am Steuerruder saß, kann ich es freudig zurufen: die Fahrt ist wohl bestellt, und sie wird, so Gott will, auch ferner Stürme und Klippen bestehen. Brauche ich Ihnen wohl zu sagen, theure Berufsgenossen, daß ich mit schwerem Herzen, mit inniger Trauer mich von Ihnen trenne; kann ich Sie verlassen, ohne mit dankbarer Nüchternheit Ihnen die Hand zu drücken? Viel

der Ehren und der Freuden, aber auch viel des Unrechtes und der Unbill hatte ich in der Zeit meines Zusammenlebens zu erfahren, aber von Ihnen kam mir nur Gutes. Nie und nimmer ist in diesem Hause mir ein Kummer bereitet worden. Der Treue meiner Untergebenen durfte ich mich beloben, ihrer Leistungen durfte ich mich erfreuen, ihrer Gesinnung durfte ich mich rühmen. Darum nehme ich von diesem Hause nur gute Erinnerungen mit; möchte ich gewiß sein, in demselben ein Andenken zu hinterlassen! Selten ist einem Minister bei der Niederlegung seines Amtes so viel der Genußnahme geworden, als ich jetzt mit neuen Ehren, neuen Würden bedacht — die Delegationen, denen ich verantwortlich war, haben mir mit fast einstimmigen Voten ihre Zustimmung und Zufriedenheit ausgesprochen; die Bevölkerung endlich spendet mir den Nachruf lauter Sympathie. Huld und Gnade des Monarchen, Vertrauen der Volksovertretung, Zuneigung der Mitbürger — wie sollte daran nicht der Lebensmuth sich aufrichten? Sie Alle, die hier vereint sind, erfreuen sich dessen, das ich, mit mir; Sie Alle aber, das weiß ich auch, fühlen mit mir, daß der Abschied darum doch ein schmerzlicher ist. Leben Sie Alle wohl, meine besten Wünsche, meine treuesten Gesinnungen geleiten Sie jetzt und immerdar."

Ueber die Neubildung des kaiserlich-königlichen Ministeriums, welche durch die letzte Reichskanzlerkrise vollkommen ins Stocken gerathen ist, läßt sich heute noch gar nichts bestimmen, da ganz abgesehen von der Personenfrage, noch nicht einmal die Prinzipienfrage erledigt, das von Hrn. v. Kellersberg dem Kaiser vorgelegte Aktionsprogramm noch immer nicht genehmigt ist, und überdies nach den Ereignissen der letzten Tage auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß Freiherr v. Kellersberg, der bei Durchführung seines Programms wesentlich auf die Beihilfe des Grafen Beust gerechnet, und sich dessen Unterstützung bereits versichert hatte, bei der nunmehr vollkommen veränderten Situation sein Programm einfach zurückzieht.

In eingeweihten Kreisen — so schreibt die „Wiener Presse“ — erzählt man, daß der kaiserliche Hof und namentlich der Kaiser, den gegenwärtig in Wien anwesenden Großfürsten Michael, jüngsten Bruder des regierenden Kaisers von Rußland, in sehr bemerkbarer Weise auszeichnen. Es verlautet auch bereits, daß der Großfürst, durch seinen überaus liebenswürdigen Empfang geschmeichelt, seinen ursprünglich nur auf drei Tage präsumirten Aufenthalt verlängern und volle acht Tage in Wien verweilen dürfte. Morgen findet zu Ehren des russischen Gastes eine große Jagd im kaiserlichen Thiergarten statt, an welcher außer dem Großfürsten Michael der Kaiser und der Großherzog von Toscana theilnehmen werden.

Wien, 14. November. Hinsichtlich Kellersberg's hängt — wie die „N. Fr. Pr.“ andeutet — Alles von der Verständigung über den polnischen Programmpunkt ab. Baron Kellersberg soll in dieser Beziehung den prinzipiellen Standpunkt vertreten, daß nach der Episode Hohenwart zunächst gar keine Ausgleichsverhandlung zulässig sei, daß man den Eintritt von Abgeordneten in den Reichsrath unmöglich mit politischen Prämissen bezahlen könne und daß die Anträge, welche etwa die eine oder andere Fraktion hege, vor den Reichsrath gehören, wo sie zu prüfen sind, und wo das Ministerium auch seinerzeit dazu Stellung nehmen werde. — Die „N. Fr. Pr.“ denkt, das ist so korrekt, daß damit Jedermann, der auf dem Boden der Verfassung steht und nicht die Erfahrungen der Ausgleichsverhandlungen ungenutzt lassen will, einverstanden sein muß.

Graz, 12. Nov. Ueber die Ereignisse der letzten Tage, deren Zeuge gegenwärtig Graz ist, wird der Wiener „Presse“ von hier geschrieben:

Die Frage, um die es sich handelt, ist, ob der Verwaltungsausschuß für den Universitäts-Studenten-Unterstützungsfonds aus dem Plenum gewählt werden solle, oder aus nationalen Kurien. Die Deutschen wünschten erstere, bisher üblichen Wahlmodus aufrecht erhalten. Und zwar mit vollem Rechte. Der Fonds ist durchweg aus deutschen Geldern zusammengebracht, Deutsche waren es, die ihn geschaffen, Deutsche haben ihn bisher, mit Ausnahme eines einzigen Jahres, verwaltet. Gleichwohl wurden die Slaven auf das Ausgebreitete unterstützt, und zwar — allerdings nach Maßgabe ihrer Dürftigkeit — in weit höherem Grade als die Deutschen. In den letzten drei Verwaltungsjahren waren unter 100 aus diesem deutschen Fonds unterstützten Studenten 75 Slaven, 15 Italiener, 10 Deutsche. Die Wahl des Ausschusses geschah aus dem Plenum der Studenten-Versammlung und da die Majorität derselben in der Regel deutsch war, so bestand auch der Ausschluß aus deutschen Studenten. Ob diese von nationaler Vereinigung bestimmt wurden oder nicht, das entscheiden obige Zahlen am besten. Als im Jahre 1869 die Majorität der Studenten-Versammlung eine slowakische war, bestand auch das Komitee aus Slaven und die Deutschen mußten ruhig zusehen, wie diese in ihrer Freigebigkeit gegen ihre Nationalgenossen so weit gingen, den Fonds selbst, wozu ihnen leider das Recht zustand, anzugreifen. Hierdurch gewiß, rafften sich die

Deutschen auf und behaupteten von da ab regelmäßig die Majorität. Die Slaven aber verlangten ebenso regelmäßig die Wahl nach nationalen Kurien, was ihnen nie eingefallen, als sie in der Majorität gewesen. Als die Deutschen bei der Versammlung am Freitag wieder einmal über einen derartigen Antrag zur Tagesordnung übergingen, erhob sich ein so wilder Tumult, ein solches Heulen, Zischen, Pfeifen und Schimpfen, daß man Alles eher vor sich zu haben glaubte, als eine Versammlung akademischer Bürger. Nachdem es dem Rektor endlich gelungen, die Versammlung aufzulösen und der „parlamentarische“ Kampf solchergestalt beendet war, entspann sich eine Reihe von Einzelkämpfen in den Straßen, deren nähere Details zu schildern Sie mir wohl erlassen. Nur füge ich noch hinzu, daß die Szenen sich gestern theilweise wiederholten, daß die Erbitterung im Steigen ist und daß diese Erbitterung das Schlimmste befeuert, wenn nicht derselben von den maßgebenden Organen Einhalt gethan wird.

Best, 13. Novbr. Gestern Abend verabschiedete sich Andrassy vom Deak-Klub. Er sprach bei dieser Gelegenheit, wie der „N. Fr. Pr.“ telegraphirt wird, Folgendes:

„Ein berühmter Staatsmann sagte: Die Sprache ist dem Menschen gegeben, um seine Gedanken zu verbergen; in meiner Stellung als Minister-Präsident war dies nie meine Ansicht und wird es niemals sein, auch in meiner neuen Stellung als Minister der Auswärtigen nicht. Doch giebt es Augenblicke, wo die Sprache unfähig ist, das auszudrücken, was das Herz fühlt. Mit vor Rührung gedämpfter Stimme: Die Freundschaft, die Unterstützung, welche mir und meinen Kollegen in diesem Klub zu Theil wurde, werde ich niemals vergessen; ich bitte nur, daß die Partei auch meinem Nachfolger und seinen Minister-Kollegen dieselbe Unterstützung gewährt, welche sie mir zu Theil werden ließ. Das Ministerium des Auswärtigen habe ich nur deshalb angenommen, weil es meine innerste Ueberzeugung ist, daß die Interessen der Monarchie, der Dynastie und des Monarchen identisch sind mit denjenigen Ungarns. Der neue Kreis, in den ich eintrete, wird mir daher nicht fremd sein, mein Ziel wird immer das selbe sein, welches der Deak-Klub verfolgt: daher bin ich wohl auch berechtigt, fernerhin die Freundschaft und Unterstützung der Partei in Anspruch zu nehmen.“

Enthusiastische Zurufe unterbrachen oft den Redner, den die Mühsung so übermannte, daß er nicht weiter sprechen konnte.

Best, 14. November. „Magyar Ujsag“ veröffentlicht einen zweiten Brief Kossuth's, der nachweisen soll, warum die Einmischung Andrassy's in den ungarischen Ausgleich für Ungarn gefährlich sei. Ein folgender Brief des Ex-Diktators wird Beust's Politik besprechen.

Frankreich.

Dem Präfekten des Vogesen-Departements ist von dem kommandirenden General der 4. Division, Grafen v. Groeben, folgendes Schreiben zugegangen:

Herr Präfekt! Ich erlaube Ihnen, daß in einigen Ortschaften des gegenwärtig von meiner Division besetzten Gebiets die Waffen welche von den deutschen Behörden abgenommen worden waren, der Bevölkerung vor meiner Ankunft wiedergegeben worden sind. Dieser mir bisher unbekannte Vorgang und die mir von Ihnen gegebene Versicherung, daß in Bezug auf die Sicherheit der Truppen kein Anlaß besteht, der Bevölkerung zu befürchten ist, bestimmen mich, den Befehl, den ich zur Einlieferung der erwähnten Waffen gegeben hatte, zurückzuziehen. Ich bitte Sie nun, in dieser Hinsicht alle Vorkehrungsmaßregeln zu treffen, welche Ihnen angemessen scheinen könnten. Ich hoffe auch, daß der gesunde Sinn und die Rechtlichkeit der Einwohner Ihres Departements mir Bürgschaft werden, daß ich niemals ein Zugeständnis zu bereuen haben werde, welches der Geist der Versöhnung und der Wunsch, ein gutes Einvernehmen herzustellen und die friedlichen Beziehungen, die jetzt zwischen den beiden Nationen bestehen, aufrecht zu erhalten, mir eingegeben haben. Falls man aber von den Waffen einen neuen Gebrauch gegen die deutschen Soldaten machen sollte, so würde ich sofort die Auslieferung der Waffen auf dem ganzen von mir besetzten Gebiete verlangen, wie mir dazu § 3 des Art. 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand ein Recht gibt, und diese Maßregel mit aller Strenge ausführen. Ich bitte Sie, Herr Präfekt, die Bevölkerung dieses Wissen zu lassen. Was die Jagd betrifft, so ist an meinen bisherigen Befehlen nichts geändert. Ich bitte Sie indeß, die gegen schädliche Thiere, wie Wölfe und Eber, nothwendigen Jagden zu autorisiren und hierbei die Ihnen angemessen scheinenden Vorsichtsmaßregeln anzuordnen. Genehmigen Sie etc.

In Orleans feierte man am 9. November den vorjährigen „Sieg“ durch eine kirchliche Zeremonie. Außerdem wurde eine Denkmünze geschlagen mit der pompastischen Aufschrift: „Schlacht von Orléans, 9. November 1870. Die Loire-Armee unter den Befehlen des Generals d'Arles de Paladine schlägt die deutsche Armee und befreit Orleans.“

Der Marschall Bazaine läßt in den ihm ergebenden Blättern erklären, daß er keineswegs, wie behauptet worden, nach Belgien gegangen ist, sondern Paris nicht verlassen wird, so lange die Kommission zur Prüfung der Kapitulationen ihr Urtheil nicht gefällt hat.

Versailles, 12. Nov. Die Zeugenhöre in dem Prozeß gegen die Mörder der Generale Clement Thomas und Pecomte vor dem sechsten versailer Kriegsgericht dauern fort. Papigat, Soldat vom Genie, erkennt mit Bestimmtheit in

dem Angeklagten Leblond eines der Individuen, welche den General Clement Thomas in der Rue des Rosiers insultirten. Die Leony, Geliebte des Angeklagten Maffiot, empfing kurz nach dem 18. März den Besuch ihres Liebhabers, der zu ihr sagte: „Das ist ein frohes Ereignis, und man wird noch ganz andere Dinge erleben.“ Da sie ihn fragte, woher ein Blutsied auf seiner Hufe rühre, gab er keine Antwort. Maffiot hatte an den Kämpfen in Cligny und Asnières als Kommandant einer Batterie theilgenommen. Darauf meldet sich nochmals Hr. Clemenceau vor dem Gerichtshof. Er verlangt, mit dem Zeugen Donville de Maillefeu konfrontirt zu werden, welcher behauptet hatte, daß der General Clement Thomas auf die Mairie von Montmartre geführt worden wäre. Ich habe, sagt Hr. Clemenceau, noch eigene Erhebungen gepflogen, und Niemand auf der ganzen Mairie weiß etwas von einem solchen Vorfall. Präsi.: Wir wollen Hrn. Donville telegraphisch vorladen. Es hat sich übrigens in der That nachträglich herausgestellt, daß der General in die Nähe der Mairie geführt wurde, in diese selbst aber nicht eingetreten ist. Der Mechaniker Moret, befragt, ob er einen der Angeklagten wiedererkenne, erwidert, ihm sei von allen Anwesenden nur der Maitre Clemenceau bekannt. Als ich, fährt er fort, in die Rue des Rosiers kam, trat man die Leiche des Generals Thomas mit Füßen. Ich stieg in das erste Stock, wo man sich über das Ereignis unterhielt, Einige dasselbe bedauerten, Andere aber ein förmliches Protokoll darüber aufnahmen. Kurz darauf kam der Oberst Henry an und wurde von der Menge begrüßt. Man hat in dem Garten eine kleine Grube gegraben, in welche man die Leichen werfen wollte. Ich widersetzte mich dieser überleiteten Verdringung, und man bedeckte die beiden Körper mit einem Bettuch, welches der Concierge des Hauses lieb. Hierauf eilte ich zu Hrn. Clemenceau, damit er mir einen Befehl gebe, die Opfer zu bestatten; er erwiderte mir aber, daß er mir keine Befehle zu geben hätte. Ich wollte nämlich die Leichen auf den Friedhof schaffen, während einige andere Individuen vorschlugen, sie auszulindern und dann in die Steinbrüche zu werfen. Ich widersetzte mich dem und ließ vor Zeugen ein Inventar der den Generalen gehörigen Gegenstände aufnehmen. Präsi.: Sie haben Herrn Clemenceau mit seiner Schärpe? Zeuge: Jawohl, er erschien vor der Menge mit einer roten Schärpe. Hr. Clemenceau (entrüstet): Wie können Sie so etwas sagen? Ich habe niemals eine rote Schärpe getragen. Ich trug die dreifarbige Schärpe der Mairie. Es entpuppt sich über dieses Detail ein bestiger Streit zwischen den beiden, da Zeuge keine Angabe mit Bestimmtheit aufrecht erhält. Hr. Clemenceau verlangt, daß die Herren Stupin und Porret, die ihn begleiteten, als Zeugen vorgeladen werden, was man ihm zusagt. Er erkennt Herrn Moret überhaupt nicht wieder und erinnert sich gar nicht seines Besuches. Herr Moret: Ich erinnere mich um so besser. Es war in der Nacht zum 19. um 3 Uhr Morgens. Sie schienen sehr beschäftigt und verstimmt; neben Ihnen auf der Erde lag eine Leinwand. Hr. Clemenceau (betroffen): Das ist wirklich wahr, ich hatte eine Leinwand bei mir. Am Ende ist es schon möglich, daß der Zeuge bei mir gewesen ist, aber ich kann mich dieses Besuchs schlechterdings nicht erinnern. Die folgenden Zeugenaussagen sind meist ohne Belang und beziehen sich nur auf untergeordnete Punkte. Die Zeugen Saborry und Chicardard, zwei achtbare Bürger von Montmartre, bekunden, daß Herr Clemenceau von früh bis Abend that, was in seinen Kräften stand, daß er sich der Menge in dreifarbiger Schärpe zeigte und von ihr unfreundlich aufgenommen wurde, daß der Generalmarch in der That, wie Herr Clemenceau ausgesagt hat, nicht vor 7 1/2 Uhr geschlagen wurde etc.

Spanien.

Die isabellistische Partei hat ein neues Organ gegründet, das unter dem Titel „La Suavidad“ am 6. November in Madrid erschienen ist. Dies Schandblatt bringt in seiner ersten Nummer unter dem Titel: „Der blutdürstige König“ eine Verunglimpfung der Privatverhältnisse Amadeo's I., die selbst in republikanischen Kreisen Entrüstung hervorgerufen hat. Der Artikel handelt scheinbar von einem arabischen Fürsten, ist aber so abgefaßt, daß die Beschreibungen mit Händen zu greifen sind. Der Inhalt der schmutzigen Albernheit ist kurz der folgende: Victor Emanuel hatte seinerzeit in seinem „Harem“ eine Favoritin, die ihm eine Tochter gebar. Diese natürliche Tochter ist die jetzige Königin von Spanien. Amadeo hat also seine Halbschwester geheiratet und lebt wüstlich in incestuöser Ehe. Diese Fabel ist mit mir Arabesken untermischt, deren draßigste Gemeinheit nur im Voudoir einer Isabella angehaucht worden sein kann.

Italien.

Das Kardinalskollegium, das schon große Verluste erlitten hat, ist von Neuem bedroht. Der Kardinalbischof von Palästina, Luigi Amat di S. Filippo und Sorso, Bischof der römischen Kirche, geboren 1796, hat einen Schlaganfall gehabt und ist in Gefahr; der Kardinalbischof von Frascati, Nikola Clarelli-Pascalelli, geboren 1799, Sekretär der päpstlichen Breven und Großordenskanzler, hat zu Neapel einen Schlaganfall erlitten; man hat ihn in einem hoffnungslosen Zustande nach Rom gebracht. Dem Präfeld der Propaganda, Kardinal Alessandro Barnabo, geboren 1801, ist die Gicht ins Gehirn getreten; er ist wahnsinnig geworden. Der Kardinalpriester Laurentz Varile, geboren 1801, hat schon den zweiten Schlaganfall erlitten. Kardinal Filippo de Angelis, Kammerlengo der römischen Kirche und Erzbischof der Universität, ist 81 Jahre alt. Kardinal Alexis Billiet, Erzbischof von Chambéry, ist 90 Jahre alt. Von allen diesen ist keiner mehr fähig, in ein Konklave zu

mit jener Mißachtung des Schönen gewisser Apostel und ihrer Jünger.

Die Fatalität, welche mit dem Sozialismus über die Welt herein- gebrochen ist, besteht nicht darin, daß die Sozialisten gegen die Gesellschaft Krieg führen, sondern darin, daß sie in dem Wahne befangen sind, es gäbe überhaupt schon eine „Gesellschaft“, wo es doch nur Lokalismen giebt, die jeder von den wechselnden Bedürfnissen und Interessen anderer Lokalismen abhängen. Wären die Zustände auf den Punkten D-Z qualitativ und quantitativ gleich denen auf den Punkten A-C, dann hätten wir eine „Gesellschaft“ und hätten möglicherweise das Recht verloren, zu zürnen, wenn der Sozialismus Vendömefäulen zerstörte. Wo aber ein „Stärke“ der Hottentotten möglicherweise im Stande ist, alle Errungenschaften eines Strifes in Berlin oder London wieder in Frage zu stellen, vermag ein Dögenes mit seiner Laterne den Begriff „Gesellschaft“ nicht zu finden! Ich glaube, es giebt nur ein Mittel gegen diesen Would-be-Socialismus unserer Tage die Erleichterung und Organisation der Auswanderung nach den unabsehbaren Tischen, die für die individuelle Arbeit auf dieser dünn bevölkerten Erde gedeckt sind. Das Uebel besteht in dem Wahn. Wie sich in der Politik oft jedes Nest für einen maßgebenden Faktor des Staats hält, so verwechselt man in der Dekonomie der Menschheit jeden Lokalismus mit dem Begriff „Gesellschaft“. Da werden denn natürlich, wie in einer Wirthschaftsblüthe Stühle und Kläfer, in dem sog. „sozialen“ Kriege Statuen und Bilder zer- schlagen und verbrannt, welche Zeugnisse ablegen sollten, daß der Mensch — kein Esel ist.

Fast möchte man froh sein, daß die politischen Krisen diesem sozia- listischen Barbarismus die Beachtung zeitweilig entziehen und daß in Folge solcher Krisen die einzelnen Länder des alten Europas ihre über- flüssigen Glieder abstoßen. Denn der zu schieben glaubende Mensch wird fast immer geschoben und was die gesunde Vernunft nicht fertig bringt, dazu zwingt die Nothwendigkeit, die Tochter der Ereignisse. Der Nationalitätenstreit in Oesterreich beherrscht augenblicklich die Tagesordnung der politisirenden Welt. Ich sage, der „Nationali-

Philosophische Aufskunden eines Journalisten

von W. Marr.

Bez (Schweiz), 31. Oktober 1871.

Der Monat Oktober hätte uns also schlussgültig den Frieden mit Frankreich gebracht. Denn bisher hing der Krieg noch immer an einem Haken, aus welchem möglicherweise ein Faden hätte werden können. Jetzt nach Regelung der materiellen Nebenfragen, Essigs- Potbringen betreffend, können die Dinge wieder ihren organischen Gang gehen. Die Leidenschaften in Frankreich werden allmählich verwauchen und wo sie nicht verwauchen, hindern die inneren Partei- intriguen sie daran zu einer neuen und unheilbaren Nationalhaß- flamme auszubringen. Wir dürfen, ohne den Vorwurf blinder Loyalität zu fürchten, der deutschen Staatskunst ein Kompliment machen. Lebte unsere Zeit nicht zu rasch, zwingen die Tagesereignisse nicht den aktiven Journalisten fortwährend in Reiche und Gied zu bleiben, wo man die Totalität der Situation mit dem besten Willen nicht immer übersehen kann, die Presse müßte es längst anerkannt haben, daß die letzten diplomatisch-administrativen Feldzüge, wenn auch keine Trompeten dazu mihelten, keine Trompeten schmetterten, keine Kanonen donnerten, keine Gewehre knallten, vom Standpunkt der philosophischen Humanität aus betrachtet nicht minder glorreich waren als die Tage von Gravelotte und Sedan.

Der Nationalhaß eines besiegten Volkes gegen das siegreiche ist ein Wundfieber nach dem Völkerruß. In solchem Fieber delirirt der Bleistift nothwendigerweise und seine Behandlung verlangt ein wohl- durchdachtes Regime, damit er in seinen momentanen Unzurechnungs- fähigkeiten keine neuen Dummheiten begeht. Und in der That, Frank- reich ist von der deutschen Staatskunst in den letzten Monaten wie ein Patient behandelt worden. Man gewann Zeit und innerhalb dieser Zeit konnte sich die große Nationalkrankheit der Franzosen zer- setzen und in hunderten von anderen Momenten auflösen. Die beste Garantie für den Frieden mit Frankreich ist dadurch, daß das Frie- densdefinitivum nicht brüsk eintrat, in den Franzosen selber. Diese

haben mittlerweile so viele innere Arbeit erhalten, daß sie an die äußere kaum systematisch denken können und die französischen Rache- deklamationen sind inzwischen dem internationalen Publikum — lang- weilig, monoton geworden. In Frankreich selber ist die Parteipolitik längst wieder an die Stelle der nationalen getreten, denn man ließ Frankreich die nötige Zeit zu diesem Prozeß, daß man sich deutscher- seits nicht überstürzte, dem fragmentarischen Zustand ein Ende zu ma- chen. In seinem jetzigen Stadium ist uns also das französische Wund- fieber nicht mehr gefährlich. Die essig-potbringischen Verhandlungen waren der pathologische Feldzug gegen Frankreich. Greifern wir uns also auch ferner nicht, wenn uns ein Franzose zähneknirschend entge- gegentritt. Begnügen wir uns ihm zu antworten:

Liebe Mitmenschen, Ihr habt noch immer Etwas Wund- fieber und delirirt. Das wird sich auch geben. Ihr habt viele De- zennien gegen „die Rosaken“ delirirt, weil die Russen 1812 so unhöf- lich gewesen sind, ihr Vaterland gegen la grande nation und la grande armée zu vertheidigen und von der Vertheidigung zum Angriff über- gingen, und Ihr habt Moskau und die Dorelina vergessen und seht Euch heute danach, mit den Rosaken Bräderschaft zu trin- ken. Ihr habt den Engländern eben so lange in Versen und Prosa den Tod geschworen; Euer Haley hat sogar eine Ode darauf kom- ponirt und der Krimkrieg hat Euch zu den besten Freunden ge- macht. Auch gegen Deutschland wird Euer Wundfieber sich legen. Wir nehmen es Euch ganz und gar nicht übel und lassen Euch Zeit. Gute Besserung!

Als in den Tagen der Kommune die Vendömefäule fiel, gab es in ganz Deutschland, in ganz Rußland und England, in ganz Oesterreich wohl nicht einen gebildeten Menschen, welcher das kommune Kunststück befallt hätte. Es war ein Kunstwerk, das man zerstörte. Sein Vorwurf gehört der Geschichte an und wie jedes antike Ruhmesmo- nument, so mahnte auch die Vendömefäule an die Vergänglichkeit alles Irdischen. Wir haben es heute mit einem ganz anderen Feinde zu thun als mit dem Nationalhaß der Franzosen, nämlich mit einem Geiste der Barbarei, der in unser Jahrhundert eindringen sucht,

gehen. Ebenso Kardinalbisch. Prospero Caterini, 78 Jahre alt. Kardinal Angelo Quaglia, geboren 1802, ist schwer leidend. Kardinal Domet, Erzbischof von Bordeaux, ist 77 Jahre alt. Endlich stirbt der Jüngste der Kardinäle, Giuseppe Mileti-Pirone-Ferretti, der erst 55 Jahre alt ist, an der Schwindbrust. Außerdem sind 24 Kardinalshüte erledigt; bleiben nur noch 34 Kardinalshüte fürs Konklave. Pius IX. will keine neuen Kardinäle ernennen — so versichert der römische Korrespondent der „Pall-Mall-Gazette“.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. November. [21. Sitzung.] 12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Delbrück, v. Tus, Leonhard, Michaelis u. A. Den Vorsitz führt Fürst Hohenlohe.

Abg. Harfort motivirt seinen Antrag, den Reichskanzler aufzufordern: 1) die Revision des mit dem Königreich Portugal abgeschlossenen Handels- und Schiffsahrts-Vertrages vom 6. Juni 1844, namentlich der Art. 11 und 12 desselben, baldigst herbeizuführen; 2) einen Konsul in Quilimane (am Mozambique-Kanal) zu ernennen.

Den ersten Theil seines Antrages begründet er durch Berufung auf den am 12. August d. J. der portugiesischen Kammer durch den Minister Avila vorgelegten Gesetzentwurf, der den Tarif, der dem Traktate mit Frankreich vom 11. Juni 1866 hinzugefügt ist, allen Nationen gegenüber in Anwendung zu bringen bezweckt, mit Ausnahme derjenigen, welche die Produkte Portugals Differentialzöllen unterwerfen oder ihnen eine minder günstige Behandlung als den gleichartigen Produkten anderer Länder angedeihen lassen. Im Gegenseite dazu belasse das deutsche Reich die portugiesischen Weine höher, als die spanischen. Die Wichtigkeit des geforderten Konsulates wird durch Livingstone und den Eifer bestätigt, mit dem der englische Handelsstand den dortigen Markt ausbeutet.

Bundeskommissar Geh. Rath Michaelis erwidert, daß er bereits in der ersten Session des Reichstags am 21. Mai des Näheren ausgeführt habe, wie sehr sich die Reichsregierung bemüht habe, einen Handelsvertrag mit Portugal zu Stande zu bringen. Diese Bemühungen seien fruchtlos gewesen, wegen einer in Portugal eingetretenen schmerzhaften Reaktion, hauptsächlich aber wegen des häufigen Wechsels der portugiesischen Ministerien, welche keinem derselben die nöthige Mäße lasse, die handelspolitischen Beziehungen endgültig zu ordnen. Die Reichsregierung lege auch heute noch den größten Werth auf einen Handelsvertrag mit Portugal; vorläufig neutralisiren die angedeuteten Hindernisse jeden Erfolg. Allerdings habe das Kabinet d'Avila die vom Vorratner bezogene Vorlage den Kortes gemacht; leider aber sei inzwischen das Kabinet gestürzt und damit sei auch das Schicksal des Entwurfs in Frage gestellt; auf so unsicherer Basis ließen sich doch nicht erfolgreiche Verhandlungen zum Abschluß eines Handelsvertrages abschließen. Der deutsche Gesandte sei angewiesen, bei dem neuen portugiesischen Minister des Aeußeren die Frage wieder anzulegen. Es sei noch nicht klar, wie sich derselbe dazu stelle; es scheine jedoch, daß er sich mehr dem System von Handelsverträgen mit den einzelnen Staaten zuneige, als einem allgemeinen Zolltarif, wie ihn sein Vorgänger beabsichtigt habe. Auch zum Abschluß eines Handelsvertrages werde die Reichsregierung gern die Hand bieten. Da der Antrag somit auf unzutreffenden Voraussetzungen beruhe, so bitte er ihn abzulehnen; es sei unnöthig, die Reichsregierung anzuhalten, und ob eine Preßion des Reichstags auf die portugiesische Regierung einen vortheilhaften Eindruck machen werde, möge das Haus ermessen. Was den zweiten Theil des Antrags betreffe so habe die Regierung auf Grund eines gleichen Antrags des portugiesischen Gesandten, der einen deutschen Kaufmann in Quilimane als dortigen Konsul vorgeschlagen habe, den Vertreter Deutschlands in Lissabon aufgefordert, bei dem dortigen Kolonialministerium Erkundigungen über die Handelsbeziehungen jener Kolonie einzuziehen. Die Erkundigungen seien eigentlich ohne Resultat gewesen, denn in Portugal selbst schiene man Quilimane sehr wenig Bedeutung beizulegen. Deutsche Schiffe verkehrten dort äußerst selten; für größere Fahrzeuge sei der Hafen gar nicht brauchbar; der Hauptport besäße dort in Sklaven; eine Hebung des Handels für die Zukunft sei unwahrscheinlich, da die Gesundheitsverhältnisse sehr ungünstig seien. Selbst England habe in dieser Kolonie keinen Konsul und er bitte deshalb, den Antrag auch in seinem zweiten Theile abzulehnen.

Abg. Schleidens beantragt, wie er in der vergangenen Session einen gleichen Antrag Harforts durch einen Antrag auf Uebergang zur T.-D. begraben hat, auch heute auf Grund der gebihrten Erklärungen über denselben zur Tagesordnung überzugehen; seine Annahme sei mit einem Mißtrauensvotum gegen die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten gleichbedeutend. Abg. Wosle schlägt sich aus denselben Gründen dem Antrage Schleidens an, indem er seine Freude über die Bereitwilligkeit der Reichsregierung, einen Handelsvertrag abzuschließen, ausdrückt. Geh. Rath Michaelis bemerkt noch gegen eine Aenderung Harforts, daß er mit Unrecht dem Zollverein ein Verleugung des mit Portugal bestehenden Vertrages vorwerfe, weil er die Zollermäßigung für französische und österreichische Weine nicht auf die portugiesischen ausdehne. Portugal seien allerdings die Rechte der meistbegünstigten Nationen in seinem Vertrage zugesichert, aber nur im Falle der Gegenseitigkeit, der bisher nicht eingetreten sei.

Das Haus beschließt über den Antrag Harforts zur Tagesordnung überzugehen. Der Auslieferungsvertrag zwischen Deutschland und Italien wird darauf in dritter Lesung ohne Debatte genehmigt. Es folgt die dritte Berathung über den von den Abgg. Lasker und

Genossen eingebrachten Gesetzentwurf, als Nr. 13 des Art. 4 der Reichsverfassung, die gemeinsame Gesetzgebung über das gemeinsame bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren einschließlich der Gerichtsorganisation in den Kompetenzkreis der Reichsgesetzgebung aufzunehmen.

Abg. Ehard (Baden): Bereits die Ereignisse des Jahres 1866 haben wir in Baden als Ausgangspunkt eines neuen deutschen Reiches betrachtet und deshalb die Zeit bis 1870 als eine Vorbereitungsperiode benutzt, um unsere Gesetze und Einrichtungen in Einklang mit denen des norddeutschen Bundes zu bringen. Die Bildung des Reiches selbst war für uns deshalb nichts Unerwartetes, es handelte sich nur noch um die Herstellung der Form. Allerdings waren wir bezüglich einiger Punkte, die der Kompetenz der Reichsgesetzgebung anheimge eben waren, nicht ohne Bedenken. Hierher gehörte namentlich die Preßgesetzgebung, da wir uns erst vor Kurzem ein den Anforderungen der Wissenschaft entsprechendes, freimüthiges Gesetz gegeben hatten, indessen hoffen wir, daß das neue deutsche Gesetz dem unseren konform sein wird, und sollte dasselbe die bei uns noch aufrecht erhaltene polizeiliche Beschränkung aufheben, so würden wir die Aenderung gern mit in den Kauf nehmen. — Bei der Ausdehnung des Rechtsgebietes, welches der Kompetenz des Reiches bereits unterworfen ist, bleibt fast nur noch das Obligationenrecht übrig und bei der untheilbaren Natur des lebendigen Rechtsorganismus können wir unmöglich ein spezielles Gebiet der partikularen Gesetzgebung reserviren wollen. Die Möglichkeit freilich ist da; wenn Sie, wie Schylok, auf Ihrem Schein stehen, können Sie einen Theil des Rechts aus dem Ganzen herausheben, wie dieses aber die Operation ertragen wird, weiß ich nicht. Es ist hier viel von Nivelliren und gefährlicher Zentralisation gesprochen; mir scheint diese Angst durchaus unbegründet; durch den Bundesrath ist schon zur Genüge dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Wenn wir dem Kaiser und Reich geben wollen, was ihnen gebührt, so sind wir deshalb doch weit entfernt, die Regierung zur Zentralisation so weit zu treiben, daß wir unsere Besonderheiten schlechteren Einrichtungen von Augen opfern sollten. Als man mit der Ausdehnung der Militärgesetzgebung auch einen Theil der preußischen Kirchenordnung auf Baden übertragen wollte, haben wir diesem Versuch den entschiedensten Widerstand entgegengezet. Wir haben sehr großen Respekt vor der militärischen Führung Preußens, aber keineswegs vor seiner kirchlichen. (Hört! hört!) Das Portrait des Generals v. Werder findet man bei uns in jeder Hütte, aber nirgends ein Bild, welches die kirchliche Führung Preußens veranschaulicht oder gar verherrlicht. (Lebhafte Zustimmung.) Redner geht hierauf auf die Bedeutung des vorliegenden Antrages für die Einführung der obligatorischen Zivilehe ein, einer Forderung, die in milder Form bereits durch den Antrag des Abg. v. Bonin in das Haus gebracht sei und die, immer wiederkehrend, so lange an die Thüren des Hauses klopfen werde, bis man ihr dieselben öffne. Ungeachtet aller Gegenbestrebungen der kirchlichen Partei werde man dies Ziel erreichen, wenn auch der Kampf kein leichter, zum Theil sogar ein gefährlicherer sei als der jüngst beendete. Auch hier gelte es, einen Frieden zu erkämpfen und zwar einen solchen, wie ihn die Nation unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu fordern berechtigt sei; deshalb möge das Haus mit der Annahme des Antrages dem Wahlspruch folgen: „Gemeinsam vorwärts.“ (Beifall.)

Auf einen Protest des Abg. v. Mallinckrodt, welcher auf das Geschäftsordnungsverwiderliche einer Vereinigung der General- und der Spezialkommissionen in der dritten Lesung hinweist, wird diese Frage nach dem Vorschlag des Präsidenten der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen, worauf das Haus in der Debatte über den Laskerschen Antrag fortfährt.

Abg. Windhorst (Meppen): Ich beabsichtige nicht, den defensiven Vorstoß des Vorratners zu pariren; dazu war er nicht stark genug. Ich hoffe auch nicht, das Votum des Hauses noch ändern zu können, der Antrag war bereits angenommen als er in das Haus gebracht wurde. In der That ist bei dem Zustande des Fraktionswesens im Reichstage und der Geschäftsbehandlung in demselben die öffentliche Verhandlung in den meisten Fällen für die Abstimmung ohne Bedeutung. (Sehr richtig.) Aber die öffentliche Diskussion ist darum doch nicht zwecklos; sie giebt Material für die Wissenschaft, so wie für andere Faktoren, die in der Sache mitzusprechen haben. — Das Hauptbedenken gegen den Antrag finde ich in der Ausdehnung der Reichskompetenz auf die gemeinsame Gerichtsorganisation, wodurch die Justizhoheit der einzelnen Staaten vollständig auf das Reich übertragen wird (Widerspruch.) Ich wäre in der That neugierig auf den Nachweis, was für die Einzelstaaten nach Annahme des Antrages übrig bleibt. Die Tendenz desselben ist dahin gerichtet, die Selbstständigkeit der Territorien zu vernichten und auf den Ruinen einen neuen Staat zu begründen. Ich habe deshalb erwartet, daß aus den Kreisen des Bundesrathes einem so hochwichtigen Antrage gegenüber irgend welche Meinungsäußerung erfolgen werde (Sehr wahr) und habe das um so mehr erwartet, als in früheren Stadien sehr bestimmte Aeußerungen in dieser Hinsicht vorgekommen sind. Zugweilen scheint in Sachen nach dem neuen Ministerwechsel eine Schwermuth eingetreten zu sein, wofür auch andere Indizien sprechen (Heiterkeit) und an anderen Stellen des Bundesrathes scheint mir der Antrag mit Freuden aufgenommen zu werden. Ich würde deshalb glauben, die Herren hätten die Vertheidigung der Existenz der Einzelstaaten bereits aufgegeben, wenn ich nicht kürzlich bei der Berathung des Münzgesetzes unerwartet eine Negung der Selbstständigkeit bemerkt hätte (Heiterkeit) gegenüber den Aggressionen meines geehrten Landsmanns, des Grafen Münster. Aber wenn das Wesen fort ist, und man dann für die Form streitet, so

kommt mir das vor, als wenn ich um die Etiquette einer Champagnerflasche streite, nachdem der Champagner ausgetrunken ist. (Heiterkeit.) Was helfen Hoheitszeichen, wenn die Hoheit selbst dahin ist? Deshalb sollte man eher die Veruche bekämpfen, welche die Hoheiten vernichten, als diejenigen, welche die Zeichen angreifen (Sehr richtig.) Der Abg. Miquel hat mit einer Geschicklichkeit, die mich an meinem Landsmann immer erfreut (Heiterkeit) den Antrag dadurch vertheibigt, daß er ihn als möglichst unscheinbar und unbedeutend hinstellte. Der Abg. Miquel glaubt an diese Unbedeutendheit selbst nicht; wenn Sie seine Reden über diese Materie vom konstituierenden Reichstage bis heute lesen, so werden Sie wissen, daß in diesem Antrage der Versuch liegt, die Einzelstaaten zu bereitlegen und den Einheitsstaat herzustellen. Die Herren haben im vorigen Frühjahr gesagt, sie wollten damals noch rasen, sie haben sich nunmehr nach der Sommerfrische wieder gründlich erhoben (Heiterkeit) und das Nivellement geht weiter. Sie haben heute in den Herren aus Mecklenburg starke Bundesgenossen gefunden, denen es darum zu thun ist, das ganze innere Staatsrecht zu kassiren. Der Antrag soll deshalb ohne Bedeutung sein, weil er thatsächlich bereits in der Verfassung enthalten sei, welche die Kriminal- und Zivilprozessordnung dem Reichstage überweise; wenn dem so ist, so frage ich, warum man den Antrag überhaupt gestellt hat? Der Abg. Miquel sagt, das bürgerliche Recht habe eine ganz andere Begrenzung; er definiert dasselbe jedoch dahin, daß es die Beziehungen der juristischen Rechtssubjekte der Menschen und sonstigen juristischen Personen zu einander nach allen Richtungen hin umfasse und mit dieser Definition ist allerdings das ganze Rechtsgebiet erschöpft. Selbst wenn uns nur die Regulirung des bürgerlichen Rechtes in seiner engsten Bedeutung zuzufallen, so würde es kein Kunststück sein, bei allen Materien Antikipationen zu finden, die mit logischer Konsequenz immer weiter führen. Und Logik haben die Herren, sie werden fortfahren. (Heiterkeit.) Zur Beruhigung der Einzelstaaten wird dann gesagt, sie könnten bis zur Ordnung der Materie durch das Reich in der Legislative auf diesem Gebiete noch fortfahren. Flebile beneficium! (Heiterkeit.) Wenn die Herren wirklich glauben, daß die Uebertragung des Zivilrechts auf das Reich vortheilhaft sei, dann müssen sie auch den Fortgang der Legislative in den Einzelstaaten sofort stillen, um nicht neue Hindernisse für die gemeinsame Gesetzgebung schaffen zu lassen. Sollte dies nicht geschehen, so brauchen jedenfalls Abgeordnete und Herrenhäuser bei Gesetzen, die dieses Gebiet betreffen, sich künftig nicht viel Mühe zu geben, denn die Regierungen werden sagen: Seid Ihr nicht willig, so brauch ich Gewalt, so gehe ich an den Reichstag, der zur Appellation, zur Rekurrs-Instanz gemacht ist. Die ganze Kraft der Einzelanträge wird in dieser Weise gebrochen, der Widerstand des Herrenhauses in Preußen, des Reichsraths in Baiern und wie die illustren Versammlungen sonst heißen, auf immer vernichtet. (Bravo! links.) Die Herren rufen hier Bravo, glücklicherweise schweigt man auf einer anderen Seite. (Heiterkeit.) Man hat ferner gesagt, die Ausdehnung der Reichskompetenz auf das ganze Reichsgebiet sei nothwendig, weil die Rechtsmaterie sich nicht trennen lasse. Dieselben Herren haben früher, als es sich um die Errichtung des Bundesoberhandelsgerichts handelte, mit der ihnen innewohnenden Verehrsamkeit dargelegt, wie man sogar das Obligationenrecht selbst trennen könne. Man erklärte es dem Abg. Waldeck gegenüber für unbegreiflich, wie man die Möglichkeit einer Trennung der Handelsfachen von dem anderen Obligationenrecht leugnen könne. Je nach Bedarf behaupten die Herren heute das Eine, morgen das Andere. Ich gebe zu, daß es fraglich ist, ob eine solche distributio bonorum zwischen Reich und Einzelstaat stattfinden kann, ob man die Militärhoheit von allen anderen Gewalten, ob man auf dem Reichsgebiete überhaupt trennen kann; aber nachdem Sie durch die Konstituierung des Reiches und der Reichskompetenz die Möglichkeit besaßen haben, dürfen Sie sie hinterher nicht bestreiten, ohne auch nur einen Versuch mit dieser Staatsverwaltung gemacht zu haben. — Wenn der Abg. Miquel ferner gesagt hat, daß die partikularistischen Rücksichten besser hier als in irgend einem andern legislativen Körper gewahrt würden, so will ich diesen Vorstoß für die Zukunft dankbar akzeptiren, in der Vergangenheit habe ich von dieser Schonung nichts bemerkt. Dann ist gesagt worden, die Institutionen des Reichs seien mehr als die der Einzelstaaten zu den Legislationen geschaffen. Ich theile diese Ansicht nicht. So lange wir im Reich nicht einen fest geordneten Staatsrath haben, der die Legislation vorbereitet, wie z. B. das französische Recht im Staatsrath vorbereitet worden ist, so lange wir nur in einem Hause, das wesentlich politische Tendenzen verfolgt, die Gesetze berathen, so lange wir nicht einem festen Ministerium gegenüberstehen, welches überall und immer die leitende Hand der Regierung in der Gesetzgebung festhält, so lange wir den Bundesrath schweigend sitzen sehen, wenn die wichtigsten, in das Leben des Volkes eingreifenden Prinzipien debattirt werden (Sehr wahr!) so lange habe ich keine Garantien für eine ruhige, feste und konservative Gesetzgebung. (Bravo!) Der Abg. Miquel wünscht die Legislative auf den Gebieten, die hier in Frage sind, nach den „modernen Ideen“ zu schaffen. Wenn ich nur recht wügte, was „moderne Ideen“ sind! Weitens sind sie von den Herren der nationalliberalen Partei ausgedacht. (Heiterkeit.) Ich habe aber vor diesen modernen Ideen einen ganz besonderen Respekt. So wäre es beim heutigen Zustand der Geister höchst bedenklich, die Materie des Eigenthums rechtlich zu behandeln. (Ho! links.) Lesen die Herren doch gefälligst den Bericht des volkswirtschaftlichen Kongresses in Rüb, dann wird das Th! wahrscheinlich minder laut erklingen. (Sehr gut! im Zentrum.) Von dem Standpunkte des volkswirtschaftlichen Kongresses bis zur Aufhebung des Eigenthums, die andere, nur konsequenter Parteien erstreben,

tätenfreit“, denn daß zufällig die Czechen heute das Wort führen ist nur eins der Symptome der großen Morbus-Austria. Die Krankheit selber liegt tiefer. Es ist der föderalistische Geist, der es sogar nicht zuließe, daß Deutschland eine et indivisible wurde nach dem Kriege mit Frankreich und bei den Sprachverschiedenheiten unserer guten Freunde von gestern, den Oesterreichern, eine konsigere Form annimmt. Es giebt in der That schon seit 1848 kein Oesterreich mehr, sondern nur noch ein Ost-Reich. Wer nach Paragrapfen Recht oder Unrecht hat, und ob die Geschäftsordnung der Politik dabei verlegt wird, darum kümmerte und kümmert sich der große Kulturprozeß sehr wenig. Die austauschende Gefühlspolitik ist dabei auch nicht entscheidend. Der unnatürliche babilonische Thurm, der in Metternich seine Spitze erreichte, bröckelt seit 1848 vor unseren Augen ab und ich glaube, wir thun in Deutschland wohl, uns Etwas abseits zu halten, damit uns keine Steine auf den Kopf fallen. Die öffentliche Meinung in Wien ist wettwerwendisch. Es gab eine Zeit, wo der Ausgleich mit Ungarn auf dieselbe Erbitterung in Wien stieß, die heute der Ausgleich mit Böhmen findet. Man entnimmt sich solcher Momente, wenn man nicht selbst an der jeweiligen Aktion des Tages Theil nimmt. Dann erblickt man einen Kulturprozeß, verfolgt ihn bis zu seinem Entstehen und beurtheilt ihn wie man einen chemischen Prozeß beurtheilt. Es handelt sich um fond weniger um Böhmen als um den Föderalismus, der in dem Ausgleich mit Ungarn bereits sein naturwissenschaftliches „A“ gesagt hatte. In Nordamerika leben noch mehr Deutsche als in Oesterreich, ohne daß es uns einfällt, für dieselben „Resolutionen“ zu fassen. Denn sie gehören einem andern Staatsganzen an und sind keine politischen Faktoren für uns mehr. Es paßt auf sie nicht einmal das Prädikat „verlassener Brudersmann.“

Es ist eine komische Welt! Die deutschen Elsfasser wollen mit Gewalt Franzosen sein, die Deutschösterreicher — Deutsche. Dort verdammen wir, hier sympathisiren wir. Dies Gefühl geht mit dem Verstand edurch und uns selber unbewußt treiben wir Eroberungspolitik aus Sentimentalität.

Ich für mein Theil glaube nicht an eine erfolgreiche Unterdrückung

lung des Deutschtums durch den Ausgleich mit Böhmen. Das „deutsche Element“, auf welches wir ja so gern den Ton legen, hat sich in dem großen Nordamerika Kulturerobernd gezeigt, es wird durch das kleine Böhmen nicht zu Brei gerieben werden. Ich glaube weit eher, daß die Czechen sich durch den Ausgleich germanisiren, als daß die Deutschen „czechisirt“ werden könnten. Zu solchen Ansichten kann man natürlich nicht inmitten einer politischen Aktion kommen. Dort werden wir Alle befangen und der Augenblick und jedes seiner Momente beherrscht uns. Da glauben wir nur das, was wir wünschen. Aber Zeit bringt Rath. Hat doch sogar auf dem Friedenskongreß in Lausanne ein Pole unter Beifall öffentlich erklärt: die Zeit der Aufstände und Konspirationen sei für Polen vorüber. Studium und Bildung müßten vorbereiten, damit, wenn das tausendjährige Reich der „Universalrepublik“ käme, Polen durch die Gerechtigkeit aller Völker wieder hergestellt würde. Zieht man die Universalrepublik dann ab, so hat der Mann sehr vernünftig gesprochen. Man sieht sich bei Studium und Bildung immer besser, als wenn man sich desperat gegen Soldaten und Polizei schlägt. Leider ist es für die meisten Menschen bequemer, sich zu prügeln, als zu studiren und sich zu bilden und so lange das der Fall ist, werden wir stets einen Ueberfluß an Soldaten und Polizei haben.

Im Allgemeinen, und mit Ausnahme von Eis- und Transleithanien, war der Monat Oktober ein Monat der Abkühlungen. Das bombastisch angekündigte Stiftungsfest der „Internationale“ in Genf sogar ist frostig verlaufen. Matt und schwunglos die Reden, dürftig die Zahl der Theilnehmer, unter denen viele Frauen und Kinder, gleichgültig und ab- und zugehend das Zuschauerpublikum. Es fehlte dann auch ab ovo der Elan, ja, man protestirte zum ersten Male dagegen, daß man dem Kapital den Krieg erkläre, kurz man war so abgekühlt, daß das Bischen Unsinns, welches hie und da aufstand, ohne Effect blieb.

Die Welt erscheint wirklich oft wie ein großes Gefäß, in welches ein großer Chemiker von Zeit zu Zeit Brausepulver schüttet. Die Flüssigkeit schäumt erst hoch auf, nachher perlt es und wenn die Kohlensäure verfliegen ist, ist wieder Ruhe im Glase.

Da ich hoffe, daß der Sozialismus in seiner Abkühlung Fortschritte machen wird, so denke ich auch die Kunstwerke in Rom, wohin ich in einigen Tagen zu reisen beabsichtige, noch unverehrt zu finden. Es wäre entsetzlich, wenn ein Friedenskongreßler auf dem Postamente des Apoll von Belvedere stände und mir die zerschlagenen Arme und Beine des marmornen Sonnengottes an den Kopf wüfse. Ich glaube ich wäre selber im Stande, die Polizei zu Hilfe zu rufen.

* Das Mädchen aus der Fremde. Unter dem Titel: „Das Mädchen aus der Fremde. Auch eine Entfaltung eines Schiller-Denkmal“, hat der Provinzial-Schulrath Karl Bormann eine eben so glückliche wie geistreiche Lösung des Räthsels gegeben, das des Dichters unbekanntes Lied von dem „Mädchen aus der Fremde“ dem Leser stellt. Mit Recht ist Bormann von der gewöhnlichen Lösung: das Mädchen sei die Poesie, nicht ganz befriedigt. Das Mädchen aus der Fremde ist die Muse, und zwar die Muse des Muses-Almanachs von 1797. Aus den Briefen Schillers an Körner und Göthe — das Gedicht stammt aus dem September 1796 — weiß Bormann das Einzelne eingehend nach. Die Blumen, welche das Mädchen ausbreitet, sind nach ihm die Gedichte des Almanachs; die Früchte: die Aenien, die der Almanach von 1797 enthielt, endlich „der Blumen allerhöchste“, welche dem liebenden Paare zu Theil wird, ist Göthes herrliches Gedicht „Alexis und Dora“, das ebenfalls zuerst in jenem Taschenbuche veröffentlicht ward. Das Gedicht, ein echtes Gelegenheitsgedicht im Göthe'schen Sinne, erhebt sich freilich stolz und schön über die niedere Wirklichkeit, und wenn zunächst der Dichter mit dem „Thal bei armen Hirten“ auch nur Neu-Strelitz in Mecklenburg meinte — dort bei dem Hofbuchhändler Michaelis war der Jahrgang 1796 des Muses-Almanachs erschienen —, für die Anschauung der Nachwelt erweitert sich das Thal zur Erde: die Muse ist es, welche den Sterblichen Blumen und Früchte „gereift auf einer anderen Flur“ bringt.

* Haspe. 12. Nov. In der gestrigen General-Versammlung der Gesellschaft Ulf wurde beschlossen, das den Jesuiten von den Bischöfen ausgeschaltete Führungszeugnis ebenfalls zu unterschreiben und die mit großem Ulfiegel verhehlte Ausfertigung dem Ehrenmitglied Majunke zur weiteren Veranlassung einzufenden.

kein großer Schritt. (Widerspruch.) So ist der Liberalismus immer, wenn ihm die Konsequenz vorgehalten wird, sagt er: Soweit gehen wir nicht! Aber die Logik wird immer ihre Konsequenzen ziehen, und darum wahre ich mich bei Zeiten. Dann theile ich durchaus nicht die Anschauungen der modernen Schule in der Agrargesetzgebung, besonders in Bezug auf Vertheilung des Grundeigentums, Fideikomisse und Bauergründer. Ich gehöre nicht zu dieser ökonomischen Schule, welche lediglich zur Herrschaft des Kapitals führt (Widerspruch links), welche ich nicht bloß aus dem Grunde verurtheile, weil ich keine habe. (Große Heiterkeit.) Die Herren Herz und Ehard haben eine scharfe Lanze eingelegt für das Eherecht, damit man hier eine Zivilehe mache, von der man sich ganz wunderbare Dinge verspricht. Der Abgeordnete Herz will eine solche Ehe sogar ganz besonders heilig halten. Ich bin nicht für die Zivilehe. Vielleicht konzentriert sich das moderne Eherecht in dem Satz: „Ehen werden geschlossen und aufgelöst durch einfache Anzeige bei dem nächsten Polizeibeamten.“ (Heiterkeit.) Möge man auch die Einführung der Zivilehe versuchen, die Versuche werden dahin nicht treffen, wohin man damit treffen will. (Sehr wahr! im Centrum.) Das also würde mich nicht hindern, für den Antrag zu stimmen. (Sehr gut!) Nun wollte der Abg. Friedenthal eine Methode der Gesetzgebung nicht nach modernem, sondern anscheinend nach alten Ideen. Er wollte anknüpfen an das, was vor der Einführung des römischen Rechts bestanden hat. Ist es etwa seine Absicht, an den Sachen- oder Schwabenspiegel anzuknüpfen? (Heiterkeit.) Wenn man anknüpfen will, muß man die beiden Endpunkte näher bezeichnen, sonst macht man eine hübsche Phrase, aber ohne sachlichen Inhalt. Nun komme ich zur Kompetenzfrage. (Ab! links.) Wie weit wir nach § 23 der Verfassung in dieser Sache kompetent sind, will ich der Entscheidung des Bundesraths überlassen. Meine Stellung zu § 48 ist seit Errichtung der deutschen Reichsverfassung allerdings eine andere geworden. Ich habe jetzt kein Interesse, die Kompetenzbedenken fortzusetzen, besonders da die Einzelstaaten zeigen, daß sie den Instinkt der Selbsterhaltung verloren haben. (Heiterkeit.) Die bairische Regierung hat allein gegen diesen Antrag das Recht des Widerspruchs, selbst wenn alle Bundesglieder ihn annehmen wollten. § 1 des Schlussprotokolls sagt ausdrücklich, daß die Zuständigkeit in Bezug auf das Vertheilungswesen nicht zur Kompetenz des Bundes gehören soll. Hr. Herz wird erwidern, das beziehe sich nur auf polizeiliche Verhältnisse. Es ist das aber eine willkürliche Beschränkung, denn der Satz lautet ganz allgemein. Ob die bairische Regierung ihr Recht wird geltend machen wollen, wissen die Götter. (Heiterkeit.) Will man auch die Kompetenz auf sich beruhen lassen, so ist der Antrag doch jedenfalls inopportun, weil wir noch andere dringendere Arbeiten vor uns haben, durch deren Lösung Sie meine Befürchtung in Bezug auf die genügende legislative Kraft der Reichsorgane widerlegen und an denen wir unsere Kräfte üben müssen. Dann werden wir sehen können, ob wir weiter gehen sollen. Inopportun ist der Antrag unmittelbar nach Abschluß der Reichsverfassung, er muß die Einzelvertretungen verletzen. Sehr wenig wird man in Elsaß und Lothringen durch unsere Diskussionen erbaunt sein, wenn man dort hört, daß man daran denkt, jenen Ländern nach modernen Ideen oder durch „Anknüpfung“ den Code zu nehmen. Man wirft ihnen ihre Schulverhältnisse an, nimmt ihnen ihre Münze weg; jetzt sagt man, sollt ihr auch eure Gesetzbücher nicht behalten. So berichtigt man eroberte Länder nicht! (Zustimmung im Centrum.) Wir thäten daher wohl, wenigstens zur Zeit diesen Antrag zurückzunehmen und rüftig in den Einzelstaaten zu arbeiten und auszugleichen. So sind wir ja auch zum Strafbuch gelangt: es war da vorhanden die Generalbasis der Carolina, auf Grund dieser hatte sich eine Doktrin gebildet, welche die Grundlage der Rechtsprechung in den Gerichtshöfen war; aus dieser Doktrin entwickelte zunächst Feuerbach sein Gesetzbuch, auf diesem Grunde wurde dann mit Rücksicht auf die Einzelstaaten eine Modifikation vorgenommen, auf dieser Basis bildete sich eine Wissenschaft und so wurde unser Kriminalgesetzbuch möglich. An diesem Gange sollten wir uns das Beispiel nehmen, wie wir allmählich zu einem Gesetzbuch kommen können. Wir müssen es allmählich schaffen, ein Gesetzbuch, welches, was vorhanden und in der Geschichte geworden ist, definiert, wenn man nicht glaubt, es offenzureißen zu können. Darum bitte ich Sie, freilich vergebens, daß Sie den Antrag ablehnen und wenn Sie ihn annehmen, den Bundesrath, ihn abzulehnen. (Beifall im Centrum.)

Die Debatte wird geschlossen und der Antragsteller Abg. Lasker erhält das Wort: Ich muß zunächst den Schutt wegräumen, den der Vorredner angehäuft (Hoh!) und durch den er den Zugang zur Materie unseres Antrages verperert hat. Daß es sich bei diesen Anträgen nicht darum handelt, die Existenz der Einzelstaaten zu vernichten, darüber kann ich ihn und das Haus beruhigen. Denn schon in dem Vertrage des Dreikönigsbündnisses heißt es ganz bestimmt und obligatorisch: „Der Reichsverfassung liegt es ob, durch ein allgemeines Gesetzbuch die Rechtseinheit im deutschen Volke zu begründen.“ Minister waren damals in Preußen Manteuffel und Genossen, in Hannover Stübe und Graf Bennigsen, nicht zu verwechseln mit unserem Kollegen Bennigsen. Von den beiden letzteren ist zu rühmen, daß sie die partikularistische Existenz der Einzelstaaten gegenüber der Zentralgewalt auf das Allerleibhaftigste vertheidigt haben. Was bedeutet es denn nun dieser Thatsache gegenüber, wenn der Vorredner die Drohung ins Volk wirft, Mitglieder des Bundesrathes verlegen ihre Pflicht, für die Einzelstaaten einzutreten, dadurch, daß sie unsern Antrag nicht widersprechen? Ich behaupte, daß er mit solchen Mitteln und mit Mitteln der Heiterkeit, die der Größe des Antrages nicht geziemen, gegen denselben aufgetreten ist. Was soll die Behauptung, daß wir mit dem Antrage den Frieden von Elsaß-Lothringen stören? W. H., das ist ein empfindlicher Punkt, und es sollte der Herr Abgeordnete, der sich auf das Mißvergnügen in den neu eroberten Ländern beruft, sich wohl überlegen, ob er wirklich inneren Grund dazu hat. Hat er den nicht, so verflüchtigt er sich an den Interessen des Landes, wenn er da eine Unzufriedenheit in den Ländern erweckt, wo man mit den Einzelheiten der Materie nicht so bekannt sein kann, um sie richtig zu beurtheilen. Hat denn der Vorredner nicht selbst das Gesetz mitgemacht und votirt, welches das Recht der gesammten Gesetzgebung für Elsaß-Lothringen auf das Reich überträgt? Alle jene Kreise dort, die uns abgeneigt sind, und in denen Bündnisse vorhanden sind, die werden um die Rede des Abg. Windthorst eifrig studiren und daraus den Eindruck gewinnen, daß ihnen mit unserm Antrage wieder ein neues Recht genommen werden soll, während wir in Wirklichkeit die Kompetenz der Reichsgesetzgebung für ihr Land bereits haben, gleichviel ob der Antrag angenommen oder verworfen wird. — Dem Vorredner mißfällt der Antrag, weil er von seinen Vertheidigern so verschieden motivirt worden ist. Aber hat denn nicht der Abg. Miquel schon hervorgehoben, daß auch nach seiner Meinung mit dem Antrage nicht bereits eine Mobilisation des Zivilsrechts herbeigeführt werden solle, so daß eine Vertheidigung der Ansichten nicht mehr besteht? Die Unterstützer des Antrages haben sich redliche Mühe gegeben, den Antrag von allen Tagesfragen fern zu halten und ihn nicht vom Standpunkte einer sogenannten höheren Politik aus begründen wollen. Wenn nun neulich ein Redner einwandte, die Ausführungen des Abg. Herz über die Zivilehe hätten ihn abgeschreckt, so kann ich versichern, daß ein Spezialgesetz über die Zivilehe mit Rücksicht auf die Kompetenz vermutlichlich unter den heutigen Umständen weit mehr Aussicht auf Annahme im Bundesrath haben würde; aber ein großer Theil der Antragsteller hat von der Einbringung eines solchen Spezialgesetzes Abstand genommen, weil sie die große Frage der Rechtseinheit, um die es sich hier handelt, nicht ver-

mischen wollte mit dieser zufälligen Tagesfrage. Ich bin überzeugt, wenn die Frage der Zivilehegesetzgebung in den einzelnen Staaten nicht gründlich gelöst werden kann, so werden Regierungen und Volk doch schließlich ans Reich sich wenden, und das Gesetz wird, wenn nicht in den Einzelstaaten, doch sicher hier zu Stande kommen. Aber es war nicht unsere Absicht, ehe die Gesetzgebung in den Einzelstaaten in Anspruch genommen ist, dazu von Reichswegen die Hand zu bieten. — Der Vorredner fürchtet, es könne im Reiche nach gewissen Grundgesetzen, die die volkswirtschaftliche Gesellschaft zu Lübeck aufgestellt, ein Kommunismus Platz greifen. Was aber ist dort beschlossen worden? Allein dies: es solle das Eigentum der todten Hand revidirt werden. Wenn das der Vorredner für einen Theil von Kommunismus hält, so verlegt er die Geschichte aller Kulturvölker, in denen ab und zu das Eigentum der todten Hand hat revidirt werden müssen, aber noch niemals kommunistische Gesetze gemacht worden sind. Es ist also auch das wieder nur ein leeres Schreckbild. Wohin man gerath, wenn man sagt, um die Partikulargesetzgebung zu stützen, wolle man die Kompetenz des Reiches überhaupt nicht haben, das zeigt deutlich die Geschichte des neuen Strafrechts. Ein Abgeordneter, der jetzt auf unserer Seite steht, meinte im norddeutschen Reichstage, das Strafrecht müsse den Einzelstaaten verbleiben. Wer wird das heute noch im deutschen Reiche behaupten? Wieviel das Strafrecht durch unsere gemeinsamen Verhandlungen gewonnen hat, dafür kann ich mit Genugthuung den Ausdruck einer bedeutenden Autorität, des Professors Stobbe in Breslau, anführen, der das aus strenger Arbeit und harten Kämpfen der verschiedenen politischen Parteien hervorgegangene Strafrecht als die beste und humanste Modifikation des Strafrechts erklärt hat. Sie sehen also, wie leicht man, ehe man die Kompetenz hat, Vorurtheile mit richtigen Urtheilen verwechseln kann. Wir haben ja auch in Preußen, so lange es ein Staat ist, die Kompetenz über das gesammte Recht und dennoch haben wir Eigentümlichkeiten in Menge fortbestehen lassen. Wir haben nicht nur ganz getrennte Rechtssysteme, sondern auch Provinzialrechte und überlieferte Rechte mit Gesetzeskraft. Meinen Sie, daß diese überall von Nutzen sind? Keineswegs. Hier in Berlin z. B. haben wir ein partikulares Erbrecht und Güterrecht der Ehefrauen, welches von den übrigen Erb- und Güterrechten in Deutschland ganz verschieden ist. Die wenigsten, selbst nicht einmal geborene Berliner kennen dieses eigenthümliche Recht. Ja, oft sind sogar die Richter nicht im Stande, dieses Berliner Güterrecht der Ehefrauen während der bestehenden Ehe gültig zu definiren. Wie bisher die Einzelstaaten, so wird sich auch das Reich wohl scheuen, überall Gleichmacherei zu treiben. Wir wollen gewisshaft prüfen und dann Spreu von Korn fordern. Die Warnung vor allzu scharfer Zentralisation ist eines der Schlagwörter, die der Vorredner liebt. Ich kann auf die Behauptung, wir wollen mit unserm Antrage den Einzelstaat zerstören und die Einzelstaaten vernichten, nur erwidern: Wenn es Ihnen wirklich gelingen sollte, wie es Ihnen nicht gelingen wird, dem deutschen Volke die Lebensgrundlage zu benehmen, daß die Rechtseinheit unvereinbar sei mit der Selbstständigkeit der Einzelstaaten, dann haben Sie selbst den Nagel in den Sarg der Einzelstaaten geschlagen. (Sehr richtig! links.) Ich sage aber, die Zentralisation der Einzelstaaten wird in keiner Weise gefährdet dadurch, daß sie dem Reiche geben, was des Reiches ist. Wir geben mit unserm Antrage einem inneren tiefen Drange des deutschen Volkes Ausdruck, welches nicht allein die Einheit der Armee und des Verkehrs, die wir schon besitzen, sondern auch die Einheit des Rechts will. Welche Grenzen Sie auch dagegen aufstellen wollen, sie sind nicht haltbar, wir kommen zu diesem Ziele. (Beifall links.)

Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Demnach wird der Antrag Lasker mit sehr großer Majorität angenommen, gegen ihn stimmt nur das Centrum und die äußerste Rechte. Es folgen Petitionsbefürworter. Eine Petition des thierärztlichen Vereins der Provinz Westfalen beantragt eine Reform des Militär-Veterinärwesens im deutschen Heere. In der Petitionskommission hat ein Bundeskommissar erklärt, diese Reformfrage sei bereits vor dem letzten Kriege von Seiten des preussischen Kriegsministeriums in Erwägung gezogen, der Krieg habe selbstverständlich die Sache ins Stoden gebracht, doch werde sie jetzt wieder aufgenommen werden. In Rücksicht auf diese Erklärung beantragt die Petitionskommission, die Petition dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen. Nachdem Abg. Löwe die Dringlichkeit einer solchen Reform betont hat, wird der Antrag angenommen.

Danach beschließt der Reichstag die Vertagung. Es entspinnt sich eine lebhafteste Debatte darüber, ob morgen eine Sitzung stattfinden und welche Gegenstände auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen, da mehrere Mitglieder energisch erklären, daß weder die Fortsetzung der Berathung über den Reichshaushalt, noch über das Münzgesetz für morgen genügend vorbereitet sei. Lasker erklärt dies in Bezug auf zwei wichtige Staatsgruppen, deren Mitglied er ist, Wehren und Marine, in Bezug auf den Etat der Marine, Braun und Vamberger in Bezug auf das Münzgesetz. Lasker knüpft daran die Bemerkung, daß die Pause eines Tages für den Verlauf der Verhandlungen von höchstem Nutzen sei, daß dagegen der frühzeitige Eintritt in nicht genügend vorbereitete Debatten sie unnützerweise verlängere. Ueberhaupt seien 4-5 Sitzungen in der Woche für normale Zeiten das Maximum, das der Reichstag ertragen könne; in der nächsten Woche werde man freilich täglich, auch wohl mit Abendsitzungen arbeiten müssen. Dagegen dringen von Kardorff und von Bethusy-Huc darauf, auch morgen zu tagen. Die Meinungsverschiedenheit darüber ist so groß, daß erst eine namentliche Abstimmung mit 120 gegen 106 Stimmen entscheiden muß, daß die nächste Sitzung morgen Donnerstag, 1. Uhr, stattfindet. (Etat des auswärtigen Antrags, Petitionen, die Wahl im Opreller Wahlkreis.)

Lokales und Provinzielles.

Wien, 16. November

— **Auszeichnung.** Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Fortsetzung des Namensverzeichnis derjenigen Frauen und Jungfrauen, welchen das Verdienstkreuz für Frauen und Jungfrauen verliehen worden. Aus der Provinz Posen befinden sich darunter: Frau Geh. Reg.-Rath Löffler, geb. Falinsky und Frä. Sophie Gerhardt zu Bromberg, Frau Major v. d. Groeben, geb. v. Knobloch zu Rawicz, und Frä. Elisabeth v. Leipziger zu Pietrunka, Kreis Chodziesen.

— **Der Verwaltungsrath** der Märkisch-Posener Eisenbahn hielt hier am Dinstage eine Versammlung ab, in welcher an Stelle des zum Syndikus der Gesellschaft ernannten Mitgliedes und stellvertretenden Vorsitzenden, Bürgermeisters a. D. Kühnast zu Guben der Bürgermeister Lorenz zu Gießen gewählt, die Etats pro 1872 beraten und der vom Syndikus mit den Ständen des posener Kreises in Betreff der Entschädigung für den zur Eisenbahn verwendeten Grund und Boden geschlossene Vertrag genehmigt wurde. Auch soll noch im Laufe d. J. auf dem hiesigen Märkisch-Posener Bahnhof ein zweiter Güterschuppen aufgestellt werden, da der dort bereits vorhandene für den bedeutenden Güterverkehr nicht mehr genügt.

— **Die Ostdeutsche Bank** ist wegen Ankaufs des Kraysn'schen Grundstückes auf der Wilhelmstraße (neben der alten Landschaft) in Unterhandlung getreten.

— **Die Hauptagentur** der Magdeburgischen Hypotheken- und Wechselbank in Schwerin ist für den Regierungsbezirk Posen der hie-

sigen Handlung „D. L. Pubenau Wittve und Sohn“ übertragen worden, und sollen von derselben ländliche und städtische Grundstücke beliehen werden. Näheres enthält der Inseratentheil unserer Zeitung.

— **Ueber die Theilnahme der Polen** an der landwirthschaftlichen-gewerblichen Ausstellung ist vom polnischen landwirthschaftlichen Zentralverein folgender Beschluß gefaßt worden: „In der Frage der Theilnahme der polnischen Ackerbaugesellschaft an der für das künftige Jahr in Aussicht genommenen deutschen landwirthschaftlich-gewerblichen Ausstellung in Posen beschließt der Vorstand, sich in dieser Angelegenheit völlig passiv zu verhalten, und überläßt es dem freien Willen eines jeden Einzelnen, sich dabei zu betheiligen oder nicht.“ Der „Dziennik“ ist mit diesem Beschluß um so mehr einverstanden, als der Vorsitzende des Ausstellungskomitees ein Mann ist, welcher allzu gut bekannt sei aus seiner Haltung gegen die Polen und aus seinen Aeußerungen und seiner Geringschätzung des polnischen landwirthschaftlichen Zentralvereins. Deswegen wäre auch der Eintritt von Polen in das Ausstellungskomitee und eine thätige Theilnahme unpassend. Der „Dziennik“ hat auch gehört, daß alle hierzu gewählten Polen, sowie die bei der Wahl Anwesenden und Hr. B., welcher bei der Wahl nicht anwesend war, die Ehre abgelehnt haben, Mitglieder des Ausstellungskomitees zu sein. Dies hindert aber nicht die einzelnen polnischen Gewerbetreibenden, ihre Erzeugnisse zur Ausstellung zu senden, sofern sie darin für sich einen Nutzen erblicken, meint der „Dziennik“. Wir würden es höchst bedauern, wenn die drei polnischen Herren aus dem städtischen Komitee ausscheiden resp. die Wahl ablehnen sollten.

— **Wieschen, 14. Novbr.** [Postenkrankheit. Diebstähle. Strik.] Die seit einigen Wochen hier herrschende Postenkrankheit tritt neuerdings so bösartig auf, daß sich der Magistrat veranlaßt gesehen hat anzuordnen, daß gegenwärtig die §§ 55 und 56 des Regu-
lative vom 8. August 1835 in Wirksamkeit treten, nach welchen die noch nicht geimpften Kinder zwangsweise geimpft werden sollen und Erwachsene sich im Rathhaussaale unentgeltlich revakciniren lassen können. — Vor acht Tagen wurden in Baranowet zwei Kühe und in Kottlin zwei Pferde mit vollständigen Geschirren gestohlen. Die Pferdebesitzer haben sich ihres bequemeren Fortkommens wegen außerdem dem veranlaßt in Witaszyce einen Wagen zu annectiren. — Vier Brauer einfacher Biere von hier und aus der Umgegend haben sich in Folge der hohen Gerste- und Hopfenpreise veranlaßt gesehen, gemeinschaftlich zu beschließen, von morgen ab die Tonne Bier nicht unter 2 Thlr. 10 Sgr. abzulassen.

Vermischtes.

* **Stettin, 14. Novbr.** Heute Abend ist unsere Stadt von der schon seit vielen Jahren befürchteten Katastrophe eines großen Speicherbrandes — in dem Speicher-Viertel auf der Laßadie — heim-
gesucht, wobei es nur der geringen Stärke des Windes und dem Um-
stande, daß das Feuer nicht zur Nachtzeit ausbrach, zu danken ist, daß der Brand nicht noch erheblich größere Ausdehnung gewann. Gegen 4 1/2 Uhr entstand das Feuer in der Krüschschen Kieperbahn (Speicher 15 und 16), wie es heißt durch Umfallen einer Petroleumlampe. Durch die in der (doppelte) Kieperbahn befindlichen überaus leicht brennbaren Stoffe (Hanf, getheertes Berg etc.) gewann das Feuer in der kürzesten Frist eine solche Ausdehnung, daß als die Feuerwehr mit ge-
wohnener Schnelligkeit zur Stelle war, bereits weder an das Retten der Kieperbahn, noch der nächst benachbarten Gebäude zu denken war. Der schwache Wind trieb die Flammen von der südwestlich an das Krüschsche Grundstück stehenden „Provinzial-Zufriederei“ ab in nord-
östlicher Richtung, und schnell gewann das Feuer weitere Verbreitung nach den Grundstücken Nr. 17 und 18, später auch nach Nr. 19, welche sämtlich mit leicht brennbaren Waaren: Talg, verschiebenen Oelen, Thran, Drogen, Kolonialwaaren, Getreide und Holz, gefüllt waren. Zu Anfang blieb das Feuer überall nur auf die Mittelhöfe der (gegen 30 Ruthen tiefen) Grundstücke beschränkt, wo ihm aber mit den Vorkantallen um so schwerer beizukommen war. Erst später gewann das Feuer auch nach dem Walde zu an Ausdehnung, während die Vordergebäude durchweg verschont blieben. Außer der städtischen und der Pacht-Feuerwehr waren bei den Löscheinrichtungen thätig die Bahnhof-Spritze und die Dampfpritze der Zufriederei, letztere besonders erfolgreich, namentlich um Schutz der eigenen Gebäude der Siederei. Außerdem war eine große Zahl Pioniere unter Führung des Major Röske theils mit dem Ketten von Waaren theils mit dem Einreißen von Gebäuden mit großem Erfolg beschäftigt, ebenso eine Anzahl anderer Soldaten mit dem Pumpen von Wasser. Gegen 9 Uhr war man des Feuers so weit Herr, daß eine weitere Ausdehnung nicht mehr zu befürchten stand.

Niedergebrannt sind die Krüschschen Speicher (Nr. 15 und 16) mit Ausnahme der Vorderseite und eines Theils der bis zum schwarzen Gang sich fortziehenden Kieperbahn, sowie des noch im Bau befindlichen neuen Maschinenhauses; die Wegner'schen Speicher (Nr. 17) mit Ausnahme des Vorderseiders; die Hintergebäude des Wittermeister'schen (Nr. 18) mit Ausnahme des Wohnhauses; und der Brumm'sche Hinter-Speicher (Nr. 19). Indem der letztere zusammenstürzte, entstand eine Rucke in der fortschreitenden Feuerlinie, so daß dadurch der bereits als gefährdet ansiehende Schubert'sche Speicher (Nr. 20) gerettet wurde. — Der Gesamtschaden wird auf ca. 1/2 Millionen Thaler geschätzt. (Hieser-Bzg.)

* **Wien, 10. Novbr.** Die „Presse“ schreibt: Die Zahl der Zivil-Ehen nimmt von Woche zu Woche zu. Am nächsten Dienstag finden abermals vier Trauungen beim Pfarrer von St. Wipplinger statt. Demnach werden auch zwei Offiziere, Brüder, welche zwei Schwestern, Töchter Israels, heimzuführen wünschen, vor dem Bürgermeister die Angelobung leisten.

* **Salzburg, 8. Novbr.** Unter diesem Datum wird der „A. A. Bzg.“ über einen Doppel-mord, wie folgt, berichtet: Gestern langte hier die Nachricht ein: am Aufstiege zur Koffitenalpe des Unterberges, in mäßiger Höhe, seien die Leichen eines Herrn und einer Dame gefunden worden. Die heute dahin abgegangene Kommission fand die Nachricht leider bestätigt und es stellte sich heraus, daß die Dame, die jugendliche Gattin eines Postbeamten der zwischen Wien und hier verkehrenden Ambulanz und der Herr ein Beamter derselben Branche sei, in dessen Gesellschaft die Dame die Saison in dem an der zum Untersberg führenden Moosstraße gelegenen Ludwigsbade zugebracht hatte und in einem heimlichen Liebesverhältnisse zu demselben stand. Sie wie er lagen von einer Pistolenkugel tödtlich getroffen am Boden, sie mit bedecktem Antlitz und gefalteten Händen, was vermuthen läßt, daß der Geliebte vorerst sie getödtet, ehe er sich selbst das Leben nahm. Der Gatte der Unglücklichen war hier eben anwesend und hatte sich der Kommission angeschlossen.

* **Vom russischen Thronfolger** künft in Petersburg folgende Ankote: Bevor der Zar seine Reise antrat, veranstaltete ein hoher Staatswürdenträger einen Ball, zu welchem auch der Zar eingeladen war. Dieser gab, durch die Reisevorbereitungen behindert, dem Thronfolger den Auftrag, ihn daselbst zu vertreten. Am Tage nach dem Balle fragte ihn der Zar: „Nun, wie ging's zu? Waren viele Gäste auf dem Balle?“ „Von Fremden — antwortet der Gefragte — waren nur zwei dort: ich und Graf Bobrinski.“ „Was heißt das?“ „Es waren lauter Deutsche da.“

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wafner in Posen.

Der Wahrheit die Ehre.
Dem geehrten Publikum kann auf
reellste und beste das Herren-Garde-
roben-Geschäft von
J. F. Püchel
im Hotel de France empfohlen werden. In
man bekommt die besten Stoffe, auf
gezeichneten Schnitt, gut sitzende Sachen
zu soliden Preisen.
Einer seiner Kunden.

Paraguai-
Injection u. Liqueur
als der weltberühmten Condorona-
Rebe gewonnen, heilt jede Gonorrhoe
u. Syphilis. Offert, meist in wenig
Tag — Es so rasch u. gründl. hebt
männl. Schwäche, Frauen- u.
Krankh. n. bewährt. Sadam Pflanz-
Werklein Sp.-Argt Dr. A. P. Helm
Bielefeld. W. R. R. Berg.

Frische Tafelbutter
empfehle und empfiehlt
F. Fromm,
Friedrichstr. 36,
gegenüber der Postuhr.
Stettiner Frische heute Abend um
5 Uhr bei Toepflig, Bronckstraße 24.

Die Brief-Box der **Brehm'schen-Fa-
brik zu Frankfurt a. Oder** v r
sendet ihr seit 20 Jahren als vorzüglich
bekanntes Fabrikat schon in Post u von
5 P und ab. 3 R. 10 Thlr.
Preiselbeeren,
ist in 3 der g. Loth & P und 6 Sgr.
empfiehlt
E. Schmidt,
Breslauerstraße 60.

Rügenw. Gänsebrüste mit
und ohne Knochen, Gänse-
keulen, Eulkeulen empfiehlt
billigst **E. Schmidt,**
Breslauerstraße 60.
Ungarische und spanische süße
Weintrauben empf. g
Jeannette Toepflig,
Bronckstr. 21.

Zu **Pr. Lotterie** versendet An-
1. R. 1 Thlr., 1/4 4 Thlr., 1/2 2 Thlr., 1/4
1 Thlr., 1/32 15 Sgr. **S. Bauck,**
Berlin, Wollmarkt 14.
Zu der am 11. Januar 1872 statt-
findenden Ziehung der
Cölnner Dombau-Lotterie
sind Loose à 1 Thlr. in der Exped.
der Pos.-n. Zeitung zu haben.
(Beilage.)

Bekanntmachung.

Bei dem am 25., 26. und 27. Oktober c. erfolgten öffentlichen Verkauf der in der hiesigen städtischen Pfandleih-Anstalt verfallenen Pfänder hat sich für mehrere Pfandschuldner ein Ueberschuß ergeben. Die Eigentümer der Pfandscheine: Nr. 12,714 und Nr. 1512 bis Nr. 4473 werden hierdurch aufgefordert, sich spätestens bis zum 13. Dezember d. J. bei der hiesigen städtischen Pfandleih-Kasse zu melden, und den nach Berichtigung des empfangenen Darlehns und der bis zum Verkauf des Pfandes aufgelaufenen Zinsen und Kosten noch verbleibenden Ueberschuß gegen Rückgabe des Pfandscheins und gegen Quittung in Empfang zu nehmen, widrigenfalls dieser Ueberschuß bestimmungsmäßig an die städtische Armen-Kasse abgegeben und der Pfandschein mit den darauf begründeten Rechten des Pfandschuldners für erloschen erachtet werden wird.

Posen, 8. November 1871.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In unser Genossenschafts-Register ist bei der, den Neuen Credit-Ver ein zu Bronke, Eingetragene Genossenschaft, betreffende Nummer 2, Colonne 4 zufolge Verfügung vom 9. November 1871 am 13. November 1871 eingetragen: Vergeltige Vorstandsmitglieder des Vereins sind nach dem Beschlusse in der General-Versammlung vom 28. Juli 1871:

der Kaufmann Salomon Hirsch

der Kaufmann Robert Motte,

der Kaufm. Jacob Vippmann,

sämmtlich zu Bronke.

Samter, den 13. Nov. 1871.

Königliches Kreisgericht I.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Göra Schrodar Kreis des belegene, im Hypothekenbuch der gedachten Ortschaft unter No. 7 eingetragene, den Wirth Casimir und Catharina Waligorski'schen Eheleuten gehörige Grundstuck, dessen Bestimmung auf den Namen der Genannten berichtigt steht, und welches mit einem Ackerinhalt von 20 Hektaren 64 Aren 30 Quadrastab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reintrag von 97 Thlr. 24 Sgr. 7 Pf und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswert von 20 Thlr. voranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhastation

den 29. November d. J.,

Nachmittags um 3 Uhr,

im Lokale der Gerichts-Kommission zu Pudewitz versteigert werden.

Schroda, 5. Septbr. 1871.

Königl. Kreisgericht.

Der Subhastations-Richter

Auktion.

Freitag,

den 17. November c.

on Vorm. 9 Uhr

ab, werde ich im Auftrag des Königl. Kreisgerichts hieselbst, auf dem Gerichts-hofe, verschiedene Kleidungsstücke, Uhren u. s. öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung versteigern.

König,

Exekutions-Scripator.

Ein Grundstück

in Oderberg i. d. Mark

ist billig zu verkaufen, dasselbe be- steht aus einem neuen massiven Wohn- hause (7 Zimmer, große Kellerräume), massivem Stall, Bogenremise, Garten und Hofraum, liegt an der Oder und eignet sich, da es auch sehr nahe am Oderberger See belegen, zur Errichtung einer Gutsanlage u. s. Ein danebenliegender größerer Platz, zwei große Holz- schuppen, sowie Wohnhaus für den Platzwächter können auf mehrere Jahre mit überlassen werden. Offerten be- steht sub H. 9533, die Annoncen-Ex- pedition von Rudolf Mosse in Berlin.

Steckbriefsaufhebung.

Der hinter dem Handelsmann Lipp- mann Weiss aus Gostyn unterm 23. September d. J. erlassene Steck- brief wird hiedurch aufgehoben. Gostyn den 11. November 1871. Königl. Kreis-Gerichts- Deputation.

Auktion.

Freitag, den 17. Novem-

ber cr. Vorm. 11 Uhr,

wird ein Waggonladung Oberrheinische Steinkohlen hier öffentlich versteigert werden.

Güter-Expedition der Ober-

schlesischen Eisenbahn.

Authenrieth.

Syphilis, Geschlechts- u. Hautkrankheiten, heilt brief- lich, gründl. u. schnell Spezialarzt Dr. Meyer, Kgl. Oberarzt, Berlin, Leipzigerstr. 91.

Für frante Frauen

bin ich täglich von 10-12 Uhr zu sprechen.

Dr. L. Joseph,

Breslau, Lauenzienstr. 10, Parterre.



Mehre Stück Rind-Mast-

vieh hat zu verkaufen Dom.

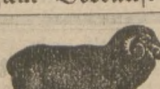
Emchen p. Kions.



100 Stück fette Hammel

stehen in Cerekwica bei Ro-

tinica zum Verkauf.



Der Bockverkauf

aus meiner Stammheerde

reinblütiger französischer

Merinos findet in diesem

Jahre freihändig zu mäßi-

gen festen Preisen von jetzt

ab statt.

Gollmik bei Prenzlau.

G. Mehl.



Hammel kauft Lagiewnik

bei Klecko.

200

fette Hammel stehen zum

Verkauf auf dem Dom. Mi-

kuszewo bei Wiloslaw.

Eine Doppelflinte und ein Jagd-

hund ist zu verkaufen. Näheres in

der Exped. d. Sta.

4 Schneidige

holz mitte

empfiehlt die polystoffabrik von

G. Ring

in Lublinitz Dschl.

Galéne-

Einspritzung

heilt schmerzlos innerhalb drei

Tage jeden Ausfluß der

Harndrüse, sowohl entzün-

den als auch entzündeten und

ganz veralteten.

Alleiniges Depot für Berlin

Frane Schwarzkose,

Wir zeigen hierdurch an, daß wir der Firma

D. L. Lubenau Wwe. & Sohn in Posen

die General-Agentur für Posen übertragen haben.

Schwerin, im November 1871.

Mecklenburgische Hypotheken- & Wechselbank.

Bezugnehmend auf obige Annonce gewährt die Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank unter günstigsten Bedingungen unkündbare hypothekarische Darlehne in baarem Gelde und regulirt in schneller coulanter Weise.

Wir sind zur Annahme von Anträgen bereit und ertheilen jede gewünschte Auskunft.

Posen, den 15. November 1871.

D. L. Lubenau Wwe. & Sohn.

Musik-Institut von Carl Hennig,

Berlinerstraße 25,

(nahe der Pauli-Kirche.)

Schüler: Clavier und Gesang. Anmeldungen werden erbeten Nach-

mittags von 2 Uhr ab.

Pöln,

Bollstraße 6.

Frankfurt a.M.

Breitengasse 52

Berlin,

Commanantenstraße

47, Mühlstraße 16 u.

Friedrichstr. 105.

Breslau,

Reuschstraße 58-59

Posen,

Bilhelmstr. 25.

Königsberg,

i. Pr.

vis-à-vis der Börse.

Magdeburg,

Breiteweg 181.

Coblenz,

Entenpfuhl 29.

Düsseldorf,

Marktstraße 8.

Elberfeld,

Herzogstraße 1.

Aufträge

nehmen alle Filialen

entgegen und ertheilen

jede Auskunft.

Erlaube mir besonders darauf aufmerksam zu machen, daß ich

nun auch hier in Posen (Wilhelmstraße Nr. 25) eine Filiale errichtet

habe, und daß meine geehrten Kunden hier am Plage, Ihre Erneuerungs-

losse nicht mehr von meinem Hauptgeschäft, sondern des Porto's erspar-

nighalber direct in meiner neuen errichteten Filiale hieselbst empfangen

können.

Hochachtungsvoll

J. C. Merges,

Wilhelmstraße Nr. 25.

Gegenüber der Post.

Echte Teltower Rüben,

Magdeburger Wein-

Sauerkohl,

Gebirgs-Preisselbeeren

empfang und empfiehlt

F. Fromm,

Friedrichstr. 36,

vis-à-vis der Postuhr.

Gute harte Seife,

8 Pfund für 1 Thlr., empfiehlt

H. Michaelis,

K. Gerberstr. 11.

Heute empfangen

frischen See-

Dorsch

W.F. Meyer & Co.

Die ersten

Weihnachts-Pfeffer-

kuchen

von Sendung des Herrn

Gustav Weese

in Thorn

empfangen

Gebr. Mietho,

Capitel-Platz 1.

Heute, Zander u. Barsen

heute Nachm. 4 Uhr bei

Isidor Busch.

Ein möbliertes Zimmer vorn heraus

für 1 oder 2 Herren zu vermieten

Kellerräume zu Lager oder Fabrik

sich eignend sind sofort zu vermieten

Wilhelmsplatz 6.

Breslauerstr. 19, im Hofe 1 Treppe

ist ein freundliches Stübchen mit Kü-

gelbenutzung möbl. zu haben.

Danksagung.

Seit 7 Jahren litt ich am Band- wurm, welcher mir viele Schmerzen verursachte. Durch diese Zeit habe ich mich von mehreren Doktoren behandeln lassen, von denen mir jedoch keine Hilfe geleistet wurde. Seit einem Jahre kurbte mich Herr Dr. Rosinski in Bronke u. nach seinen vorgeordneten Pulvern wurde ich von meinem Leiden geheilt. Ich fühle mich verpflichtet dem Herrn Dr. Rosinski in Bronke öffentlich mei- nen Dank auszusprechen und allen Lei- denden zu empfehlen.

Schrodle.

Th. Stachecki.

Ein Commis, der mit dem Wein-

stuben-Geschäft vertraut, deutsch und

polnisch spricht, mit guten Zeugnissen

versehen, kann sich zum sofortigen An-

tritt melden.

Dittow, den 14. November 1871.

S. Friedländer.

Römische Schärpen

in Seide und Wolle, Sortis, Calmas, Mantelets, Kopfschawls, Fantasie- und Atlas-Kragen

empfiehlt in großer Auswahl

M. Zadek jr.

Neuestraße Nr. 4.

Dreschmaschinen und Locomobilen

von Clayton & Shuttleworth

in Lincoln (England)

empfiehlt und hält auf Lager

die Eisengießerei und Maschinenfabrik

von J. Kemna, Breslau,

Kleinburgerstraße 26.

Unter heutigem Datum habe ich Berliner- straße Nr. 13 eine feine Fleischwaarenhandlung eröffnet. Ich empfehle bei Bedarf: Fleisch- und Zungenwurst, Leberwurst, Cervelatwurst, Pommerische Bratwurst, Mortadella, Straßburger, Schinken, Speck, Wiener u. Jauersche Würstchen, Preßkopf.

Achtungsvoll

M. Matern.

161. große Frankfurter Stadtlotterie

von der K. K. Preuss. Regierung genehmigt, mit Gewinnen von 2 mal 100,000, 50,000, 25,000, 20,000, 15,000, 12,000, 10,000 u. s. w.

Zu der am 5. und 6. Dezember 1871 stattfindenden

Beziehung

empfehlen die Unterzeichneten von der Behörde ausgegebene Originallosse, nämlich: Ganze à 100 Thlr., 13 Sgr., Halbe à 50 Thlr., 1, 22 Sgr., Viertel à 25 Sgr. gegen Einzahlung des Betrages durch Postkarte oder gegen Postnachnahme.

Die amtlich angeordneten Obergewinnnehmer

Gebrüder Stiebel,

Sellerstraße 41 in Frankfurt am Main.

Pläne und Listen gratis. — Schreibgeld wird nicht berechnet. — Prompte Bedienung.

Frischen Räucherlachs, Kie-

ler Speckbücklinge, Goldbutten,

Male, sowie Elb. Neunaugen,

russ. Sardinen, Anchovis, Ge-

lee-Male und Bratheringe em-

pfeht E. Schmidt,

Breslauerstr. 60.

1 - 2 junge Herren finden sofort

billiges Logis mit Kost Thorstraße 4

Vom 1. Januar 1872 wird

ein Clebe zur Unterstützung

der Wirthschaft gesucht.

Dom. Krzesjny.

Schramm.

Durch das Bureau der Frau Emilie

Anders, früher Gr. Ritter., jetzt

Breslauer Straße 19, Hof 1 Treppe,

sind gleich und zu Neujahr gute Wirth-

schafterinnen, Dinner u. s. zu haben.

